

Bedau, Klaus-Dietrich

Article — Digitized Version

Die Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in Deutschland seit der Mitte der achtziger Jahre

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Bedau, Klaus-Dietrich (1993) : Die Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in Deutschland seit der Mitte der achtziger Jahre, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 0340-1707, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 62, Iss. 3/4, pp. 150-171

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/141037>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in Deutschland seit der Mitte der achtziger Jahre¹

von Klaus-Dietrich Bedau

1. Die Entwicklung in Westdeutschland

1.1 Einleitende Bemerkungen

Jeder, der in empirischen Untersuchungen mit Fragen der Einkommensverteilung befaßt ist, kennt eine ganze Reihe von Statistiken, in denen der Einkommensaspekt mehr oder weniger starkes Gewicht hat. Leider stehen diese Statistiken weitgehend isoliert nebeneinander; ihre Ergebnisse weichen — mitunter nicht unerheblich — voneinander ab, sind auch aus methodischen Gründen, aufgrund unterschiedlicher Definitionen, Abgrenzungen, Differenzierungskriterien, Erhebungszeiten und Repräsentationsgrade nicht immer miteinander vergleichbar. Der in gesamtwirtschaftlichen Kategorien Denkende empfindet es als besonders mißlich, daß die Resultate der Einzelerhebungen nicht in jedem Fall mit den Einkommensaggregaten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) verträglich sind: In der Regel zeigt sich, daß die „hochgerechneten“ Einkommensangaben von Primärstatistiken ein Erfassungsdefizit aufweisen, wenn man sie gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten gegenüberstellt.

Nun ist zwar unbestritten, daß auch die Gesamtrechnungsdaten — in unterschiedlichem Ausmaß — mit Meß- und Schätzfehlern behaftet sind. Dennoch besteht in der empirischen Wirtschaftsforschung weitgehend Konsens, auf Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zurückzugreifen, sofern dies irgendwie möglich ist. Denn die in der Gesamtrechnung ermittelten Daten entstammen einer in sich konsistenten Kreislaufrechnung, in der — anders als bei hochgerechneten Stichprobenergebnissen — prinzipiell sowohl die Untererfassung von Einkommensströmen als auch die Mehrfachzählung von Personen oder Haushalten vermieden werden. „Eine Gesamtschau ist nur im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung möglich, in deren Kontensystem das Einkommen privater Haushalte als Globalgröße nachgewiesen wird. Anhand der Ergebnisse aller vorhandenen Einkommensstatistiken kann dann versucht werden, die Globalgröße weiter aufzugliedern“².

Diesen Weg ist man im DIW, in dem der VGR traditionsgemäß große Bedeutung beigemessen wird, seit langem gegangen. Hier wurde eine makro-ökonomisch orientierte

Verteilungsrechnung entwickelt; über methodische Aspekte und empirische Ergebnisse dieser Rechnung ist an anderer Stelle ausführlich berichtet worden³.

Ausgehend von den Ergebnissen der VGR wurde ferner die Entwicklung der Einkommensverteilung nach Einkommensarten und Haushaltsgruppen beschrieben, die in den siebziger und achtziger Jahren in den alten Bundesländern zu beobachten war⁴.

Wegen ihrer Allgemeingültigkeit werden im folgenden auch Überlegungen wiedergegeben, die das DIW schon in früheren Veröffentlichungen dargelegt hat. Sie wurden auf neuere Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zur Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen⁵ abgestellt, diese wiederum an den neuesten Stand der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung angepaßt. Hilfreich waren auch frühere Veröffentlichungen der amtlichen Statistik zur Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen⁶.

¹ Entnommen aus Klaus-Dietrich Bedau, Volker Meinhardt, Frank Stille, Dieter Teichmann und Rudolf Zwiener: Zur Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. Gutachten des DIW im Auftrage der Hans-Böckler-Stiftung. Berlin 1993 (als Manuskript vervielfältigt).

² Manfred Euler: Erfassung und Darstellung der Einkommen privater Haushalte in der amtlichen Statistik. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 1/1985, S. 62.

³ Klaus-Dietrich Bedau, Bernd Freitag, Gerhard Göseke, Volker Meinhardt: Methodische Aspekte und empirische Ergebnisse einer makro-ökonomisch orientierten Verteilungsrechnung. Gutachten des DIW im Auftrage der Transfer-Enquête-Kommission, veröffentlicht als Band 1 der Schriften zum Bericht der Transfer-Enquête-Kommission „Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland“. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1982.

⁴ Klaus-Dietrich Bedau: Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland (ohne neue Bundesländer) seit 1970 nach Einkommensarten und nach Haushaltsgruppen. In: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, Heft 4-1990.

⁵ Veronika Spies und Mitarbeiter: Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 7/1992.

⁶ Z.B. Klaus Schüler: Einkommensverteilung und -verwendung nach Haushaltsgruppen. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 2/1982. — Ders.: Demographischer Bezugsrahmen zur Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 5/1987.

1.2 „Demographischer Bezugsrahmen“ zur Einkommensverteilung

Makro-ökonomisch orientierte empirische Untersuchungen zur Verteilung des Einkommens auf soziale Gruppen setzen voraus, daß es Vorstellungen gibt über die Zahl der Personen, die ein Einkommen beziehen, daß Informationen vorliegen über die Zahl der Menschen, die jeweils in gemeinsam wirtschaftenden Personengruppen zusammenleben, zum Haushaltseinkommen der einzelnen Gruppen beitragen und aus diesem Einkommen zu versorgen sind. Mit anderen Worten: Will man zu differenzierten Aussagen gelangen, so ist ein „demographischer Bezugsrahmen“ zu den Einkommensaggregaten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — d.h. insbesondere Informationen über die jeweilige Zahl und Struktur der Privathaushalte in sozialer Gruppierung — unerlässlich.

1985 lebten in den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland 61 Mill., 1991 knapp 64 Mill. Menschen. Die Zahl der Privathaushalte hat sich von 26 Mill. (1985) auf 28 Mill. (1991) erhöht (Tabelle 1) — augenfällig durch den starken Bevölkerungszustrom in den Jahren 1989 und 1990. Dabei ist die Haushaltszahl jeweils stärker als die Einwohnerzahl gestiegen, und die durchschnittliche Haushaltsgröße nahm von Jahr zu Jahr ab. Die Zahl der landwirtschaftlichen Haushalte schrumpfte beträchtlich, während die der (übrigen) Selbständigen-Haushalte tendenziell stieg. Die Zahl der Angestellten-Haushalte nahm kräftig, die der Arbeiter nach vorübergehender Abnahme vergleichsweise schwach zu. Bei den Beamten-Haushalten gab es nur geringe zahlenmäßige Veränderungen.

Deutlich niedriger als zur Mitte der achtziger Jahre war 1991 die Zahl der Arbeitslosen-Haushalte im alten Bundesgebiet. Hier kommt zum Ausdruck, daß die Zahl der Arbeitslosen, die längere Zeit im Jahresdurchschnitt die

Grenze von 2 Mill. nicht unterschritt, von 1989 bis 1991 merklich zurückgegangen ist⁷. Während die Haushaltszahl der Rentner kontinuierlich zunahm, ist die der Beamtenpensionäre tendenziell eher rückläufig gewesen. Ursache dafür war, daß — bei steigender Zahl der „allgemeinen“ Versorgungsempfänger — die Zahl der nach dem zweiten Weltkrieg nicht wieder beschäftigten ehemaligen Beamten und ihrer Hinterbliebenen (Versorgungsempfänger nach Kap. I G 131) von Jahr zu Jahr abgenommen hat. Unter den übrigen Privathaushalten haben diejenigen an Bedeutung gewonnen, die überwiegend von Leistungen der Sozialhilfe leben; ihre Zahl nahm von 1985 bis 1991 um mehr als die Hälfte zu.

Allein lebende Personen machten 1985 33 vH, 1991 35 vH aller Privathaushalte aus; dabei ist der Anteil alleinstehender Frauen an den Erwerbspersonen-Haushalten von 66 vH (1985) auf 63 vH (1991) gesunken. Der Anteil der „Großfamilien“ (Haushalte mit fünf oder mehr Haushaltsmitgliedern) ging weiter — von 6 vH (1985) auf 5 vH (1991) — zurück⁸.

1.3 Entwicklung der Nominaleinkommen

1.3.1 Vorbemerkungen

Um die Einkommenslage sozialer Haushaltsgruppen auf der Datengrundlage der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung beschreiben zu können, sind einige Umstellungen notwendig:

⁷ In jüngster Zeit nimmt die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland aber wieder zu.

⁸ Auf die Einkommensverteilung nach der Haushaltsgröße wird im folgenden nicht eingegangen.

Tabelle 1

Zahl der Privathaushalte in Westdeutschland nach Haushaltsgruppen
in 1000

Jahr	Selbständigen		Haushalte von							Privat- haushalte insgesamt
	in der Landwirtschaft	außerhalb	Angestellten	Beamten	Arbeitern	Arbeitslosen	Rentnern	Pensionären	sonstigen Personen ¹⁾	
1980	377	1 400	5 279	1 498	6 425	284	7 178	935	1 192	24 568
1985	345	1 477	5 650	1 599	6 020	824	7 732	907	1 375	25 929
1986	336	1 500	5 736	1 594	6 077	800	7 751	913	1 466	26 173
1987	319	1 497	5 861	1 602	6 029	814	7 810	920	1 529	26 381
1988	308	1 506	6 040	1 611	6 023	856	7 854	921	1 641	26 760
1989	298	1 549	6 188	1 620	6 119	819	7 931	917	1 715	27 156
1990	289	1 590	6 406	1 630	6 297	711	8 036	912	1 844	27 715
1991	273	1 620	6 590	1 621	6 362	656	8 203	912	1 903	28 140

¹⁾ Nichterwerbstätigen-Haushalt mit überwiegendem Lebensunterhalt der Bezugsperson aus Sozialhilfe, Stipendien u. ä., Übertragungen von Angehörigen, Vermögenseinkommen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

- Die Privathaushalte und die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die im Kontensystem der VGR zusammengefaßt sind, müssen getrennt werden.
- Die in Gemeinschaftsunterkünften lebenden Personen sind mit ihrem Einkommen aus dem Bereich der Privathaushalte auszugliedern.
- Einkommensströme zwischen Privathaushalten, Personen in Gemeinschaftsunterkünften und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie zwischen den einzelnen Haushaltsgruppen müssen berücksichtigt werden.

1.3.2 Einkommenskomponenten der Haushaltsgruppen

Für jede der hier unterschiedenen Haushaltsgruppen gibt es eine Haupteinkommensquelle. Die primären Einkommen fließen überwiegend an die Erwerbstätigen-Haushalte; die Haushalte von Nichterwerbstätigen beziehen vorwiegend Sozialeinkommen, das aus der staatlichen Umverteilung stammt. Doch es ist nicht selten, daß Haushalten auch „untypische“ Einkünfte zufließen — sei es, daß ein Haushaltsmitglied Einkommen aus verschiedenartigen Quellen bezieht, sei es, daß die Einkommensbezieher eines Haushalts zu unterschiedlichen sozialen

Tabelle 2

Einkommensverteilung und -umverteilung¹⁾ in Westdeutschland 1985 und 1991 nach Haushaltsgruppen in Mrd. DM

	Haushalte von									Privat- haushalte insgesamt
	Selbständigen in außerhalb der Landwirtschaft		Ange- stellten	Beamten	Arbeitern	Arbeits- losen	Rentnern	Pensio- nären	sonstigen Personen ²⁾	
1985										
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,0	27,7	434,5	126,7	373,2	6,6	32,7	3,5	5,4	1 017,2
Unternehmertätigkeit ³⁾	14,6	190,8	11,9	3,4	14,8	1,2	26,8	3,6	12,7	279,8
Vermögen ⁴⁾	1,6	16,7	16,4	4,5	8,8	0,2	25,4	3,6	9,8	87,0
= Erwerbs- und Vermögenseinkommen	23,2	235,2	462,7	134,7	396,8	8,0	84,9	10,8	27,9	1 384,1
+ Soziale Leistungen	1,5	6,5	17,2	7,9	21,8	19,6	193,6	37,7	11,4	317,2
+ Sonstige empfangene laufende Übertragungen	1,3	14,9	12,8	5,6	9,1	1,2	8,4	1,9	7,2	62,4
– Direkte Steuern	1,7	45,0	67,8	17,2	41,0	0,7	4,7	4,3	5,4	187,8
– Sozialbeiträge	4,8	16,5	128,9	32,9	127,8	7,9	28,5	2,3	2,5	352,1
– Sonstige geleistete lau- fende Übertragungen	1,6	19,7	21,7	8,5	19,4	1,1	17,1	5,1	2,7	97,0
= Verfügbares Einkommen	17,9	175,4	274,3	89,4	239,6	19,0	236,6	38,7	36,0	1 126,8
1991										
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	8,0	39,9	631,6	159,8	506,6	7,2	47,9	4,5	9,4	1 414,9
Unternehmertätigkeit ³⁾	14,1	282,7	21,0	5,1	23,4	1,2	41,6	5,5	18,0	412,7
Vermögen ⁴⁾	1,8	28,5	27,5	6,5	11,6	0,0	37,0	5,0	19,8	137,7
= Erwerbs- und Vermögenseinkommen	23,9	351,2	680,1	171,3	541,6	8,5	126,6	15,1	47,1	1 965,3
+ Soziale Leistungen	1,3	8,8	25,2	11,0	27,3	20,3	257,4	46,6	21,4	419,2
+ Sonstige empfangene laufende Übertragungen	1,4	21,8	21,4	8,3	13,4	1,4	12,7	2,9	12,7	95,9
– Direkte Steuern	1,8	63,7	100,5	23,6	56,8	0,9	7,7	5,3	10,3	270,6
– Sozialbeiträge	5,5	22,2	189,4	41,8	176,6	8,3	40,2	3,3	4,2	491,5
– Sonstige geleistete laufende Übertragungen	1,7	27,9	33,7	12,3	25,8	1,2	25,2	7,2	4,8	140,0
= Verfügbares Einkommen	17,6	267,8	403,0	113,0	323,0	19,7	323,6	48,8	61,9	1 578,5

1) Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — 2) Nichterwerbstätigen-Haushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt der Bezugsperson aus Sozialhilfe, Stipendien u. ä., Übertragungen von Angehörigen, Vermögenseinkommen. — 3) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. — 4) Nach Abzug der Konsumentenkreditzinsen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Gruppen gehören. Die „Querverteilung“ der primären Einkommensströme ist von nicht geringer Bedeutung (Tabelle 2).

- So werden für landwirtschaftliche Haushalte ernte- und preisbedingte Gewinnschwankungen dadurch gemindert, daß hier inzwischen etwa ein Drittel des Haushaltseinkommens aus unselbständiger Arbeit stammt.
- Vom Einkommen aus Unternehmertätigkeit ist 1991 mehr als ein Viertel an die Haushalte von Nichtselbständigen geflossen — zu einem wesentlichen Teil handelte es sich hierbei um Einkommen aus Wohnungsvermietung (einschließlich unterstellter Einkommen für die Nutzung von Eigentümerwohnungen).
- Von den (mit den Konsumentenkreditzinsen saldierten) Vermögenseinkommen entfielen 33 vH auf die Arbeitnehmer-Haushalte und 45 vH auf die Haushalte von Nichterwerbstätigen.

An dieser Stelle wird deutlich, daß einerseits auch die Haushalte von Rentnern und Pensionären primäre Einkommen beziehen. Hier fällt etwa ins Gewicht, daß nicht wenige dieser Haushalte „lastenfrei“ im eigenen Haus oder einer Eigentumswohnung leben und die Statistik ihnen „unterstellte“ Einkommen aus Wohnungsvermietung zurechnet. Sodann erreichen Vermögenseinkommen in diesen Haushaltsgruppen mitunter eine beträchtliche Höhe, weil Rentner und Pensionäre nicht selten in der Zeit ihrer Erwerbstätigkeit Geldvermögensbestände in beachtlichem Ausmaß aufgebaut und oft auch nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben weiter aufgestockt haben, aus denen ihnen nun Zinsen und Dividenden zufließen. Auf die Verteilung der Vermögenseinkommen wird noch eingegangen.

Andererseits kommen die sozialen Leistungen nicht nur denjenigen Haushalten zugute, deren Haushaltsvorstand

nicht (mehr) erwerbstätig ist. 1991 sind 15 vH dieser Leistungen an Arbeitnehmer-Haushalte und gut 2 vH an Selbständigen-Haushalte geflossen. Im Durchschnitt sind die empfangenen sozialen Leistungen der Selbständigen-Haushalte höher als die der Arbeitnehmer-Haushalte.

1.3.3 Durchschnittliches Primäreinkommen der Haushaltsgruppen

Das durchschnittliche monatliche Erwerbs- und Vermögenseinkommen der Privathaushalte in Westdeutschland hat sich von reichlich 4 400 DM (1985) auf 5 800 DM (1991) erhöht und ist damit um fast ein Drittel gestiegen (Tabelle 3). Dabei hat sich die Rangordnung der Haushaltsgruppen nur wenig geändert. An der Spitze der „Einkommenshierarchie“ stehen nach wie vor die Haushalte der Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft; ihr Einkommensvorsprung vor den Arbeitnehmer-Haushalten hat sich seit der Mitte der achtziger Jahre aufgrund der anhaltenden Expansion der entnommenen Gewinne⁹ weiter vergrößert.

Ein Einkommensvergleich von Selbständigen- und Arbeitnehmer-Haushalten ist freilich nur bedingt möglich. So ist etwa die Alters- und Hinterbliebenenversorgung beider Gruppen unterschiedlich geregelt; das hat Auswirkungen auf die Höhe der jeweiligen Vermögenseinkommen.

⁹ In den letzten Jahren war die Expansion der Entnahmen in Westdeutschland offenbar kräftiger als bisher angenommen: Nach der jüngst vorgenommenen Anpassung der VGR an neue Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik und andere Informationen werden die im Jahre 1991 getätigten Entnahmen um 44 Mrd. DM höher als bislang ausgewiesen. Demgegenüber hatte das Statistische Bundesamt im Rahmen der letzten VGR-Revision die Entnahmen für 1988 um 51 Mrd. DM gekürzt.

Tabelle 3

Erwerbs- und Vermögenseinkommen¹⁾ je Privathaushalt in Westdeutschland nach Haushaltsgruppen in DM je Monat

Jahr	Haushalte von									Privat-haushalte insgesamt
	Selbständigen in der Landwirtschaft	außerhalb der Landwirtschaft	Angestellten	Beamten	Arbeitern	Arbeitslosen	Rentnern	Pensionären	sonstigen Personen ²⁾	
1980	5 010	10 604	5 715	6 007	4 720	799	737	779	1 174	3 821
1985	5 597	13 268	6 825	7 017	5 493	805	915	990	1 692	4 448
1986	6 347	13 342	7 083	7 256	5 685	831	951	1 010	1 592	4 592
1987	6 028	14 321	7 345	7 466	5 864	857	980	1 034	1 584	4 756
1988	6 739	14 719	7 490	7 630	6 046	845	1 014	1 084	1 657	4 880
1989	7 405	15 393	7 774	7 874	6 225	886	1 087	1 155	1 764	5 098
1990	7 104	16 526	8 075	8 292	6 623	989	1 174	1 258	1 918	5 416
1991	7 301	18 064	8 600	8 809	7 094	1 074	1 286	1 377	2 065	5 820

¹⁾ Nach Abzug der Konsumentenkreditzinsen. — ²⁾ Nichterwerbstätigen-Haushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt der Bezugsperson aus Sozialhilfe, Stipendien u. ä., Übertragungen von Angehörigen, Vermögenseinkommen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Die Streuung der Einkommen¹⁰ fällt bei den Selbständigen größer aus als bei den anderen sozialen Gruppen. Angehörige freier Berufe erzielen nicht selten Spitzeneinkommen, die die Einkünfte selbständig Erwerbstätiger im Handel und Handwerk um ein Vielfaches übersteigen. Leider erlaubt es die amtliche Statistik nicht, die Einkommenslage und -entwicklung der (nichtlandwirtschaftlichen) Selbständigen-Haushalte differenziert zu untersuchen.

Das durchschnittliche Erwerbs- und Vermögenseinkommen der landwirtschaftlichen Haushalte ist unter Schwankungen in der Berichtszeit kaum schwächer als das der meisten übrigen Haushaltsgruppen gestiegen. Die Einkommensentwicklung im Agrarbereich wird von Ausschlägen im Witterungsverlauf und Ernteergebnis, bei Vorleistungspreisen und Verkaufserlösen, nicht zuletzt auch von politischen Entscheidungen geprägt.

Unter den Arbeitnehmer-Haushalten haben — so zeigt es die amtliche Statistik — die Beamten-Haushalte eine vergleichsweise günstige Einkommensposition. Hier ist grundsätzlich in Rechnung zu stellen, daß die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit sowohl die Arbeitnehmer- als auch die Arbeitgeberbeiträge zu den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung einschließen. Die für die Beamten-Haushalte nachgewiesenen Einkommensdaten enthalten auch unterstellte Sozialbeiträge für die Beamtenversorgung; die durchschnittlichen Bruttogehälter der Beamten sind geringer als die der Angestellten.

Die primären Durchschnittseinkommen der Angestellten- und Beamten-Haushalte entwickelten sich in der Berichtszeit weitgehend „parallel“. Etwas geringer war die (absolute) Einkommenszunahme für die Arbeiter-Haushalte, obwohl die Veränderungsrate des Durchschnittseinkommens hier vergleichsweise hoch ausgefallen ist¹¹.

1.3.4 Direkte Steuern und Sozialbeiträge der Haushaltsgruppen

Die von den westdeutschen Privathaushalten gezahlten direkten Steuern machten 1991 knapp 14 vH des primären Einkommens aus. Die Progressionswirkung des Einkommensteuertarifs auf der einen, die Entlastungen durch die dreistufige Steuerreform auf der anderen Seite haben in der Berichtszeit zu einem Auf und Ab der durchschnittlichen Steuerquote geführt. Letztendlich war sie 1991 (unter Einschluß des Solidaritätszuschlages zur Einkommensteuer) kaum höher als 1985¹².

Die Steuerbelastung der einzelnen Haushaltsgruppen ist unterschiedlich. Für die Selbständigen-Haushalte außerhalb der Landwirtschaft ergibt sich mit 18 vH eine im Durchschnitt recht hohe Steuerquote; bei gleichem Einkommensniveau zahlen sie jedoch — wie etwa die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zeigen — eher weniger an direkten Steuern als die Haushalte von Arbeitnehmern. Die Gründe hierfür liegen vor allem in dem größeren time-lag zwischen Einkommensentwicklung und Versteuerung und in den anderen Abzugsmöglichkeiten

bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens der Selbständigen. Die Steuerquote der Angestellten-Haushalte betrug im vergangenen Jahr 15 vH, die der Arbeiter-Haushalte knapp 11 vH des jeweiligen primären Einkommens. Landwirte werden durch spezielle Regelungen des Einkommensteuerrechts gegenüber anderen Gruppen erheblich begünstigt.

Von der Einkommensbesteuerung werden auch Haushalte von Nichterwerbstätigen erfaßt. So sind Ruhegehälter an Beamtenpensionäre und Versorgungsleistungen an deren Hinterbliebene — anders als Sozialrenten, die faktisch steuerfrei bleiben — lohnsteuerpflichtig. In Arbeitslosen-Haushalten treffen nicht selten Arbeitslosenunterstützung und Einkommen aus unselbständiger Arbeit zusammen, etwa wenn jemand während des Jahres teilweise Lohn oder Gehalt, teilweise Arbeitslosengeld bezieht oder auch wenn der Ehepartner des Haushaltsvorstands als Arbeitnehmer tätig ist. In diesem Fall gilt der „Progressionsvorbehalt“ des Einkommensteuerrechts, d.h. im Splittingverfahren wird bei der Ermittlung des Steuersatzes das (steuerfreie) Einkommen des Haushaltsvorstands berücksichtigt¹³.

Auch in der Belastung der westdeutschen Haushaltseinkommen mit Sozialbeiträgen gab es in der Berichtszeit Schwankungen. In den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung wurden die Beitragssätze erhöht, dann wieder ermäßigt. Mit 25 vH des Primäreinkommens war die Sozialbeitragsquote 1991 etwa ebenso hoch wie zur Mitte der achtziger Jahre. Der weitaus größte Teil der Sozialbeiträge entstammt dem Einkommen der beschäftigten Arbeitnehmer; dabei ist die Belastung der Arbeitnehmer-Haushalte (33 vH) vergleichsweise hoch, denn sie sind in allen Zweigen der Sozialversicherung pflichtversichert und zahlen dort meist den vollen Beitragssatz, weil ihr Einkommen in der Regel die jeweiligen Beitragsbemessungsgrenzen nicht überschreitet. Angestellte sind in der gesetzlichen Krankenversicherung nur bis zu einer Einkommenshöchstgrenze pflichtversichert, Beamte von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung befreit. Doch werden den Beamten in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — wie erwähnt — unterstellte Beiträge für die Finanzierung ihrer Pensionen sowie der Beihilfen im Krankheitsfall zugerechnet. Auch für Betriebsrenten und anderen betrieblichen Ruhegeldverpflichtungen werden Sozial-

¹⁰ Aktuelle Berechnungen zur Verteilung der Haushaltsgruppen nach der Einkommenshöhe, die das DIW früher regelmäßig vorgelegt hat, gibt es derzeit nicht.

¹¹ An dieser Stelle zeigt sich, daß die Prozentrechnung in der empirischen Wirtschaftsforschung nicht immer hilfreich ist.

¹² Bezogen auf die „inflationbereinigten“ Einkommen ist die Steuerbelastung aber deutlich gestiegen. Durch die „kalte“ Progression des Einkommensteuertarifs werden auch Einkommensteile besteuert, die faktisch von der Inflation aufgezehrt worden sind.

¹³ Seit 1990 gilt der Progressionsvorbehalt auch für andere Lohnersatzleistungen (Krankengeld, Verletztengeld u.ä.)

beiträge unterstellt. Für Selbständige existieren besonders gesetzliche Versicherungsformen (die andwirtschaftlichen Alterskassen, die Handwerkerversicherung und die Versorgungswerke der freien Berufe), wichtigste Form der Altersvorsorge ist für diesen Personenkreis indes nach wie vor die Lebensversicherung.

Zu den Sozialbeiträgen der privaten Haushalte zählen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung schließlich neben den Beiträgen, die von den Empfängern sozialer Leistungen selbst gezahlt werden (z.B. Eigenbeiträge der Rentner zur Krankenversicherung), auch diejenigen Beiträge, die zugunsten der Empfänger sozialer Leistungen vom Staat getragen werden (z.B. der Rentenversicherungsträger für die Krankenversicherung der Rentner, Leistungen der Arbeitslosenversicherung für die Kranken- und Rentenversicherung der Arbeitslosen). Mit der stufenweise Erhöhung der Beteiligung der Rentner an ihren Krankenversicherungsbeiträgen hat sich das Gewicht von den Beiträgen des Staates hin zu den Eigenbeiträgen der Empfänger sozialer Leistungen verschoben.

Direkte Steuern und Sozialbeiträge zusammen beliefen sich 1991 auf knapp 39 vH des Erwerbs- und Vermögenseinkommens der privaten Haushalte in Westdeutschland (Tabelle 4). Die Summe der Belastungsquoten war nahezu ebenso hoch als 1985. Für die einzelnen Haushaltsgruppen änderte sich die Belastung der Einkommen im Zeitverlauf kaum. Von den Erwerbstätigen-Haushalten tragen nach wie vor die der Arbeiter die (relativ) stärkste Abgabenlast.

Wenig aussagekräftig sind die auf das Primäreinkommen bezogenen Belastungsquoten für die Haushalte von Nichterwerbstätigen; sie werden hier nicht ausgewiesen. Denn direkte Steuern zahlen die Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes in erster Linie auf ihre

Pensionen; Sozialbeiträge werden aus der Arbeitslosenunterstützung und aus den Sozialrenten geleistet¹⁴. Aus diesem Grunde war die tatsächliche Belastung der Erwerbs- und Vermögenseinkommen mit direkten Steuern und Sozialbeiträgen im vergangenen Jahr etwas geringer als oben angegeben.

1.3.5 Durchschnittlich verfügbares Einkommen der Haushaltsgruppen

Das durchschnittlich verfügbare Monatseinkommen der westdeutschen Privathaushalte hat sich von 3 600 DM (1985) auf knapp 4 700 DM (1991) und damit um nahezu 30 vH erhöht (Tabelle 5). Dabei nahmen die Durchschnittseinkommen der großen Haushaltsgruppen in unterschiedlichem Ausmaß zu (Schaubild 1). Im einzelnen stieg das im Durchschnitt zur Verfügung stehende monatliche Haushaltseinkommen von 1985 bis 1991

für die Haushalte von

	um DM	um vH
Landwirten	1 059	25
übrigen Selbständigen	3 880	39
Angestellten	1 050	26
Beamten	1 148	25
Arbeitern	915	28
Arbeitslosen	582	30
Rentnern	737	29
Pensionären	906	25
Sozialhilfeempfängern	492	32

Auch nach der Umverteilung zeigt sich die im Durchschnitt recht günstige Einkommensposition der Selbstän-

¹⁴ 1991 wurden die öffentlichen Pensionen im Durchschnitt mit 11 vH besteuert, die Sozialbeiträge machten 25 vH der Arbeitslosenunterstützung sowie 11 vH der Sozialrenten aus.

Tabelle 4

Direkte Steuern und Sozialbeiträge in Westdeutschland nach Haushaltsgruppen in vH des Erwerbs- und Vermögenseinkommens

Jahr	Haushalte von									Privat- haushalte insgesamt
	Selbständigen in der Landwirtschaft	Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft	Angestellten	Beamten	Arbeitern	Arbeitslosen	Rentnern	Pensionären	sonstigen Personen ¹⁾	
1980	22,9	32,7	40,1	35,4	40,2	38,5
1985	28,0	26,1	42,5	37,2	42,5	39,0
1986	26,5	26,9	42,6	37,7	42,3	39,3
1987	29,5	26,0	43,2	38,1	42,8	39,6
1988	27,5	26,3	42,9	37,8	42,6	39,5
1989	26,0	27,3	42,8	38,1	42,7	39,6
1990	29,3	25,0	41,0	36,9	41,5	37,9
1991	30,5	24,5	42,6	38,1	43,1	38,8

¹⁾ Nichterwerbstätigen-Haushalte mit überwiegender Lebensunterhalt der Bezugsperson aus Sozialhilfe, Stipendien u. ä., Übertragungen von Angehörigen, Vermögenseinkommen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Tabelle 5

Verfügbares Einkommen je Privathaushalt in Westdeutschland nach Haushaltsgruppen
in DM je Monat

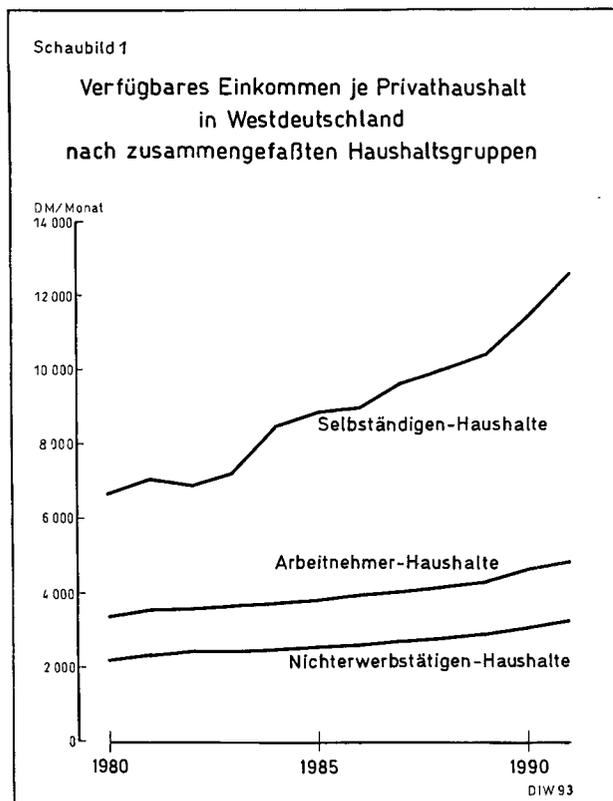
Jahr	Haushalte von									Privat- haushalte insgesamt
	Selbständigen in der Landwirtschaft	außerhalb der Landwirtschaft	Angestellten	Beamten	Arbeitern	Arbeitslosen	Rentnern	Pensionären	sonstigen Personen ¹⁾	
1980	4 190	7 288	3 568	4 146	3 004	1 886	2 168	3 082	1 604	3 135
1985	4 313	9 897	4 046	4 660	3 316	1 918	2 550	3 555	2 181	3 621
1986	4 953	9 864	4 198	4 795	3 448	1 998	2 626	3 656	2 147	3 728
1987	4 537	10 728	4 315	4 920	3 532	2 104	2 713	3 753	2 179	3 854
1988	5 167	10 947	4 422	5 058	3 644	2 150	2 812	3 871	2 258	3 964
1989	5 753	11 274	4 589	5 211	3 739	2 188	2 955	4 036	2 288	4 115
1990	5 299	12 505	4 920	5 576	4 057	2 450	3 105	4 235	2 552	4 432
1991	5 372	13 777	5 096	5 808	4 231	2 500	3 287	4 461	2 712	4 674

¹⁾ Nichterwerbstätigen-Haushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt der Bezugsperson aus Sozialhilfe, Stipendien u. ä., Übertragungen von Angehörigen, Vermögenseinkommen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

digen-Haushalte außerhalb der Landwirtschaft. Allerdings ist nun in Rechnung zu stellen, daß Selbständige — wie schon erwähnt — einen nicht unerheblichen Teil ihres verfügbaren Einkommens für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung bereitstellen müssen, die bei unselbständig Beschäftigten überwiegend durch Ansprüche an die gesetzliche Sozialversicherung oder (bei Beamten) an den Staat gewährleistet wird. Die von der Kostenstrukturstatistik

erfaßten freiberuflich tätigen Ärzte etwa deklarierten 1987 jährliche Vorsorgeaufwendungen (einschließlich ihrer Pflichtbeiträge zu den Versorgungseinrichtungen) in Höhe von durchschnittlich 30 000 DM, die Zahnärzte in Höhe von 35 000 DM. Das durchschnittlich verfügbare Einkommen der landwirtschaftlichen Haushalte lag 1991 um reichlich ein Zehntel über dem der Arbeitnehmer-Haushalte.



Etwa halb so hoch wie das Durchschnittseinkommen eines Arbeitnehmer-Haushalts war im vergangenen Jahr der Betrag, den ein Arbeitslosen-Haushalt ausgeben konnte. Allerdings ist die Einkommenslage der Haushalte, dessen Bezugsperson überwiegend von Arbeitslosenunterstützung lebt, statistisch nicht leicht zu erfassen. In dieser Gruppe gibt es häufiger Zu- und Abgänge als in anderen Haushaltsgruppen: Bei einer jahresdurchschnittlichen Zahl von knapp 1,7 Mill. in Westdeutschland als arbeitslos registrierte Personen erfaßte die Bundesanstalt für Arbeit im vergangenen Jahr nicht ganz 3,7 Mill. Zugänge von Arbeitslosen und 2,4 Mill. Arbeitsvermittlungen. Rund 500 000 Arbeitslose waren 1991 allerdings länger als ein Jahr ohne Beschäftigung.

Das Haushaltseinkommen der Beamtenpensionäre liegt im Durchschnitt nicht unerheblich über dem der Sozialrentner. Hier wirkt sich aus, daß das Einkommensniveau der Beamten (die Grundlage für die Pensionsberechnungen) aufgrund ihrer vergleichsweise hohen Qualifikation das der nichtbeamteten Arbeitnehmer (die Grundlage für die Rentenberechnung) übersteigt; hinzu kommt, daß die Altersversorgung der Beamten recht günstig ist¹⁵.

¹⁵ Änderungen des Rentenrechts (Nettoanpassung der Renten) sowie des Beamtenversorgungsrechts (Streckung und Linearisierung der Ruhegehaltsskala) sind erst ab 1992 wirksam.

1.4 Einkommen je „Verbrauchereinheit“

Vergleicht man die Einkommenssituation sozialer Haushaltsgruppen, so muß man bedenken, daß vom jeweilig verfügbaren Haushaltseinkommen eine unterschiedliche Zahl von Personen zu versorgen ist. In 100 Selbständigen-Haushalten Westdeutschlands leben heute durchschnittlich 290 Personen, in 100 Arbeitnehmer-Haushalten 260 Personen, in 100 Haushalten von Nichterwerbstätigen 170 Personen. Bezieht man das Haushaltseinkommen auf die jeweilige Zahl der Haushaltsmitglieder, so schrumpft der Einkommensvorsprung, der für die Selbständigen-Haushalte vor den übrigen Gruppen errechnet wurde; das Pro-Kopf-Einkommen in Arbeitnehmer-Haushalten fällt etwa geringer als das in Nichterwerbstätigen-Haushalten aus.

Aber eine Pro-Kopf-Einkommensrechnung ist nicht der Weisheit letzter Schluß. Vielmehr muß man auch die vergleichsweise hohen Kosten der Wirtschaftsführung in Rechnung stellen, die für Kleinhaushalte entstehen. Diese geben in der Regel etwa für Wohnungsmiete, Haushaltsenergie und Güter der Haushaltsführung einen höheren Anteil ihres verfügbaren Einkommens aus als größere Familien; bei diesen Gütergruppen nimmt der „marginale“ Aufwand mit jedem zusätzlichen Haushaltsmitglied ab.

In der internationalen Statistik ist es seit langem üblich, die Kostendegression der Wirtschaftsführung mit wachsender Haushaltsgröße — auch „economies of scale in consumption“ genannt — zu erfassen, indem man die Kosten für die Lebensführung des Haushaltsvorstands als Bezugsgröße des „Versorgungsbedarfs“ der weiteren Haushaltsmitglieder heranzieht und die einzelnen Personen der Haushaltsgemeinschaft unter Verwendung einer degressiven Äquivalenzziffernskala in „Verbrauchereinheiten“ umrechnet. Legt man die vom Statistischen

Bundesamt¹⁶ verwendeten Äquivalenzziffern¹⁷ zugrunde — der Haushaltsvorstand wird mit dem Faktor 1 gewichtet, alle weiteren Personen im Alter von 14 oder mehr Jahren erhalten das Gewicht 0,7 und Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,5 — so errechnen sich für das vergangene Jahr 225 Verbrauchereinheiten je 100 Selbständigen-Haushalte, 200 Verbrauchereinheiten je 100 Arbeitnehmer-Haushalte und 150 Verbrauchereinheiten je 100 Haushalte von Nichterwerbstätigen.

In der auf Verbrauchereinheiten abgestellten Rechnung (Tabelle 6) sind die Einkommensabstände zwischen Selbständigen und Arbeitnehmern sowie zwischen Arbeitnehmern und Nichterwerbstätigen größer als in der Pro-Kopf-Einkommensrechnung. Während — wie erwähnt — das verfügbare Einkommen je Haushaltsmitglied in Nichterwerbstätigen-Haushalten den entsprechenden Betrag in Arbeitnehmer-Haushalten etwas übersteigt, kehrt sich diese Relation um, wenn man den vergleichsweise hohen Aufwand für die Wirtschaftsführung der Kleinhaushalte berücksichtigt.

1.5 Entwicklung der Realeinkommen

Seit Mitte der achtziger Jahre sind in Westdeutschland nicht nur die Einkommen, sondern auch die Kosten der Lebenshaltung gestiegen. Überdurchschnittlich erhöhte sich das Preisniveau der Wohnungsmieten, der Gesundheitsleistungen, der Verkehrsausgaben, der Güter für die persönliche Ausstattung, während die Preise der

¹⁶ Vgl. Klaus Schüler und Mitarbeiter: Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972 bis 1988. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1990. Veronika Spies und Mitarbeiter: Verfügbares Einkommen ..., a.a.O.

¹⁷ Auch andere Gewichtungsschemata sind gebräuchlich.

Tabelle 6

Verfügbares Einkommen je Verbrauchereinheit¹⁾ in Westdeutschland nach Haushaltsgruppen in DM je Monat

Jahr	Haushalte von									Privat- haushalte insgesamt
	Selbständigen in außerhalb der Landwirtschaft		Angestellten	Beamten	Arbeitern	Arbeitslosen	Rentnern	Pensionären	sonstigen Personen ²⁾	
1980	1 325	3 091	1 739	1 855	1 299	974	1 487	2 151	1 040	1 614
1985	1 414	4 448	2 062	2 159	1 517	1 058	1 749	2 491	1 455	1 949
1986	1 636	4 468	2 152	2 238	1 593	1 112	1 803	2 556	1 439	2 020
1987	1 521	4 890	2 230	2 310	1 642	1 174	1 862	2 615	1 460	2 101
1988	1 758	5 046	2 312	2 383	1 706	1 226	1 935	2 687	1 509	2 178
1989	1 991	5 248	2 418	2 467	1 761	1 247	2 039	2 806	1 517	2 272
1990	1 847	5 850	2 608	2 643	1 917	1 371	2 147	2 941	1 689	2 453
1991	1 880	6 468	2 712	2 762	2 005	1 394	2 280	3 096	1 793	2 597

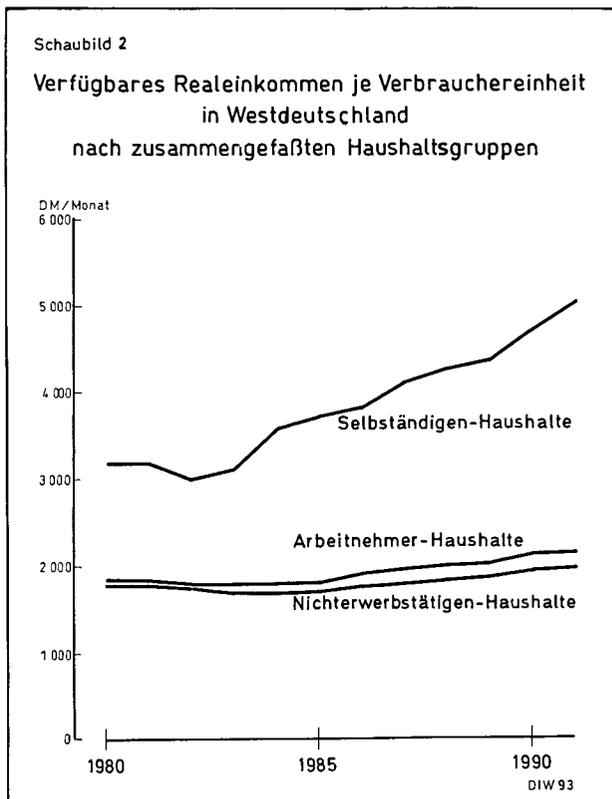
¹⁾ Gewichtung der Haushaltsmitglieder mit folgenden Äquivalenzziffern: 1,0 für den ersten Erwachsenen im Haushalt, 0,7 für jede weitere Person ab 14 Jahren und 0,5 für Kinder unter 14 Jahren. — ²⁾ Nichterwerbstätigen-Haushalte mit überwiegender Lebensunterhalt der Bezugsperson aus Sozialhilfe, Stipendien u. ä., Übertragungen von Angehörigen, Vermögenseinkommen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Nahrungs- und Genußmittel, der Ausgaben für Nachrichtenübermittlung sowie für Bildung, Unterhaltung und Freizeit vergleichsweise wenig zunahm. Im Energiebereich ging das Preisniveau auf und ab; es lag 1991 unter dem Stand von 1985. Nachdem das Niveau der Lebenshaltungskosten als Folge des zeitweiligen Verfalls der Energiepreise vorübergehend etwas gesunken ist, setzte sich der Preisauftrieb inzwischen wieder durch.

Insgesamt war das Preisniveau des privaten Verbrauchs in Westdeutschland 1991 um reichlich ein Zehntel höher als 1985. Während das nominale Einkommen je Verbrauchereinheit in der Berichtszeit um 33 vH gestiegen ist, nahm das durchschnittliche Realeinkommen¹⁸ „nur“ um 20 vH zu; ein nicht unbeträchtlicher Teil der Einkommenssteigerung, die seit der Mitte der achtziger Jahre verzeichnet werden konnte, wurde von der Inflation aufgezehrt. Aber es gab — anders als in den frühen achtziger Jahren, als das verfügbare Realeinkommen der privaten Haushalte in Westdeutschland schrumpfte, die Haushalte also an Kaufkraft einbüßten — in der Berichtszeit jährliche Kaufkraftzuwächse. 1990 ist das durchschnittliche Realeinkommen als Folge der steuerlichen Entlastungen und bei einer moderaten Preissteigerungsrate kräftig gestiegen, und auch 1991 konnten die Haushalte einen Realeinkommensgewinn verbuchen, obwohl sich der Preisauftrieb nun beschleunigt hatte.

Über die gesamte Berichtszeit hinweg erhöhte sich das durchschnittliche Realeinkommen aller Haushaltsgruppen, nach denen hier unterschieden wird (Tabelle 7). Doch waren die Gruppen an der Einkommenszunahme nicht im gleichen Ausmaß beteiligt; für die Haushalte von Arbeitnehmern und Nichterwerbstätigen stieg die Kaufkraft vergleichsweise moderat (Schaubild 2). Im einzelnen



¹⁸ Methodisch ist eine „Preisbereinigung“ von Einkommensdaten allerdings nicht ohne Probleme. Mit dem Preisindex für den privaten Verbrauch (der aus konzeptionellen Gründen dem für die Lebenshaltung der privaten Haushalte vorzuziehen ist) dürfte man streng genommen nur denjenigen Teil des verfügbaren Einkommens deflationieren, der für Verbrauchszwecke verwendet wurde. Vgl. Heinrich Lützel: Realeinkommen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1987.

Tabelle 7

Verfügbares Realeinkommen¹⁾ je Verbrauchereinheit²⁾ in Westdeutschland nach Haushaltsgruppen in DM je Monat

Jahr	Haushalte von									Privat-haushalte insgesamt
	Selbständigen in der Landwirtschaft		Angestellten	Beamten	Arbeitern	Arbeitslosen	Rentnern	Pensionären	sonstigen Personen ³⁾	
1980	1 607	3 751	2 110	2 251	1 576	1 182	1 804	2 610	1 262	1 958
1985	1 414	4 448	2 062	2 159	1 517	1 058	1 749	2 491	1 455	1 949
1986	1 645	4 491	2 163	2 250	1 601	1 117	1 812	2 570	1 447	2 030
1987	1 519	4 885	2 227	2 308	1 640	1 173	1 860	2 612	1 458	2 099
1988	1 732	4 973	2 279	2 348	1 681	1 208	1 907	2 648	1 487	2 146
1989	1 904	5 018	2 312	2 359	1 684	1 192	1 950	2 683	1 450	2 172
1990	1 720	5 449	2 429	2 462	1 786	1 277	2 000	2 739	1 573	2 285
1991	1 687	5 803	2 433	2 478	1 799	1 251	2 046	2 778	1 609	2 330

¹⁾ Nominaleinkommen deflationiert mit dem Preisindex für den privaten Verbrauch (1985 = 100). — ²⁾ Gewichtung der Haushaltsmitglieder mit folgenden Äquivalenzziffern: 1,0 für den ersten Erwachsenen im Haushalt, 0,7 für jede weitere Person ab 14 Jahren und 0,5 für Kinder unter 14 Jahren. — ³⁾ Nichterwerbstätigen-Haushalte mit überwiegend Lebensunterhalt der Bezugsperson aus Sozialhilfe, Stipendien u. ä., Übertragungen von Angehörigen, Vermögenseinkommen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Tabelle 8

**Änderung des verfügbaren Realeinkommens¹⁾ je Verbrauchereinheit²⁾ vor Abzug der direkten Steuern
in Westdeutschland nach Haushaltsgruppen**

	Einkommensänderung		
	1985/89 (Durchschnitt)	1989/90	1990/91
in DM je Monat			
Haushalte von			
Selbständigen in der Landwirtschaft	+ 128	- 183	- 19
Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft	+ 208	+ 350	+ 412
Angestellten	+ 82	+ 57	+ 82
Beamten	+ 64	+ 74	+ 91
Arbeitern	+ 49	+ 82	+ 64
Arbeitslosen	+ 35	+ 85	- 18
Rentnern	+ 52	+ 50	+ 52
Pensionären	+ 56	+ 25	+ 59
sonstigen Personen ³⁾	+ 15	+ 87	+ 59
Privathaushalte insgesamt	+ 70	+ 84	+ 91
in vH			
Haushalte von			
Selbständigen in der Landwirtschaft	+ 7,4	- 8,9	- 1,0
Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft	+ 3,5	+ 5,5	+ 6,1
Angestellten	+ 3,1	+ 2,0	+ 2,8
Beamten	+ 2,4	+ 2,6	+ 3,1
Arbeitern	+ 2,6	+ 4,2	+ 3,1
Arbeitslosen	+ 3,1	+ 6,9	- 1,4
Rentnern	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,5
Pensionären	+ 2,0	+ 0,8	+ 2,0
sonstigen Personen ³⁾	+ 0,9	+ 5,0	+ 3,2
Privathaushalte insgesamt	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,4
<p>¹⁾ Nominaleinkommen deflationiert mit dem Preisindex für den privaten Verbrauch (1985 = 100). — ²⁾ Gewichtung der Haushaltsmitglieder mit folgenden Äquivalenzziffern: 1,0 für den ersten Erwachsenen im Haushalt, 0,7 für jede weitere Person ab 14 Jahren und 0,5 für Kinder unter 14 Jahren. — ³⁾ Nichterwerbstätigen-Haushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt der Bezugsperson aus Sozialhilfe, Stipendien u. ä., Übertragungen von Angehörigen, Vermögenseinkommen.</p> <p><i>Quellen:</i> Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.</p>			

erhöhte sich das real verfügbare Monatseinkommen je Verbrauchereinheit von 1985 bis 1991

für die Haushalte von

	um DM	um vH
Landwirten	273	19
übrigen Selbständigen	1 355	30
Angestellten	371	18
Beamten	319	15
Arbeitern	282	19
Arbeitslosen	193	18
Rentnern	297	17
Pensionären	287	12
Sozialhilfeempfängern	116	12

Lage der Selbständigen-Haushalte außerhalb der Landwirtschaft in der Berichtszeit stärker als die der übrigen Haushaltsgruppen verbessert. Der durchschnittliche Kaufkraftzuwachs der Selbständigen-Haushalte in Westdeutschland von 1985 bis 1991 war viermal so hoch wie der der Arbeitnehmer-Haushalte und fünfmal so hoch wie der der Haushalte von Nichterwerbstätigen. Einen vergleichsweise geringen Kaufkraftzuwachs hat es seit der Mitte der achtziger Jahre für die in Haushalten von Sozialhilfeempfängern lebenden Personen gegeben. Dieser Personenkreis hat sich in Westdeutschland von knapp 1 Mill. (1985) auf 1,5 (1991) vergrößert, macht indes nach wie vor nur einen sehr geringen Teil der Bevölkerung aus. Anders als gelegentlich behauptet wird, ist in Westdeutschland keine „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ entstanden¹⁹⁾.

Wie schon an der Entwicklung der primären Einkommensverteilung zu erkennen war, hat sich die materielle

¹⁹⁾ Vgl. Arbeitseinkommen und Einkommensarmut in Westdeutschland von 1984 bis 1989. Bearb.: Ulrich Rendtel und Gert Wagner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 32/1991.

Tabelle 9

**Änderung der Abgaben (direkte Steuern und Sozialbeiträge) je Privathaushalt
in Westdeutschland nach Haushaltsgruppen**

	Abgabenänderung		
	1985/89 (Durchschnitt)	1989/90	1990/91
in DM je Monat			
Haushalte von			
Selbständigen in der Landwirtschaft	+ 90	+ 154	+ 147
Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft	+ 185	- 77	+ 290
Angestellten	+ 106	- 16	+ 356
Beamten	+ 96	+ 67	+ 297
Arbeitern	+ 80	+ 90	+ 310
Arbeitslosen	+ 51	+ 48	+ 44
Rentnern	+ 19	+ 19	+ 33
Pensionären	+ 36	- 23	+ 52
sonstigen Personen ¹⁾	+ 32	- 36	+ 63
Privathaushalte insgesamt	+ 71	+ 31	+ 206
in vH			
Haushalte von			
Selbständigen in der Landwirtschaft	+ 5,3	+ 8,0	+ 7,1
Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft	+ 5,0	- 1,8	+ 7,0
Angestellten	+ 3,5	- 0,5	+ 10,8
Beamten	+ 3,5	+ 2,2	+ 9,7
Arbeitern	+ 3,3	+ 3,4	+ 11,3
Arbeitslosen	+ 5,4	+ 4,5	+ 3,9
Rentnern	+ 5,0	+ 4,4	+ 7,3
Pensionären	+ 5,4	- 3,1	+ 7,1
sonstigen Personen ¹⁾	+ 6,2	- 5,9	+ 11,0
Privathaushalte insgesamt	+ 3,9	+ 1,5	+ 10,0
¹⁾ Nichterwerbstätigen-Haushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt der Bezugsperson aus Sozialhilfe, Stipendien u. ä., Übertragungen von Angehörigen, Vermögenseinkommen. <i>Quellen:</i> Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.			

1.6 Einkommensentwicklung nach der deutschen Vereinigung

Von der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ging ein kräftiger expansiver Impuls auf die westdeutsche Wirtschaft aus. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg 1990 um 5 vH — 1989 hatte die Zuwachsrate nur bei reichlich 3 vH gelegen. Hat sich dieser Impuls auch in der Entwicklung und Verteilung des Einkommens niedergeschlagen? Um das zu prüfen, muß man diejenigen Effekte ausschalten, die von der Steuerreform 1986/90 auf die Einkommensentwicklung der einzelnen Haushaltsgruppen ausgingen. In der Tat zeigt sich, daß die preisbereinigten Durchschnittseinkommen einiger Haushaltsgruppen 1990 und 1991 etwas stärker zugenommen haben als im Mittel der Jahre 1985 bis 1989 (Tabelle 8). Aber kommen hier wirklich Effekte der deutschen Vereinigung zum Ausdruck? Plausibel ist das am ehesten bei den prosperierenden Gewinneinkommen der Selbständigen-Haushalte, die vom ostdeutschen „Nachfragesog“ profitierten.

Die Berechnungen zeigen sodann, daß in jüngster Zeit die Abgabenbelastung der Arbeitnehmer-Haushalte ver-

gleichsweise kräftig gestiegen ist (Tabelle 9). Hier schlug sich vor allem nieder, daß als Reaktion auf die steigende Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern 1991 der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung beträchtlich erhöht worden ist. Erneut²⁰ wird deutlich, daß es die Arbeiter und Angestellten²¹ in Westdeutschland sind, die die Folgekosten der ineffizienten DDR-Wirtschaft²² tragen.

²⁰ Kürzlich hat auch das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung Berechnungen zu diesem Sachverhalt durchgeführt. Vgl. Bernd Fritzsche: Wer finanziert die deutsche Einheit? — Zur Diskussion um die „Gerechtigkeitslücke“. In: RWI-Konjunkturbrief, Nr. 3/1992.

²¹ Die tatsächliche Abgabenbelastung der Beamten ist geringer, als es in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgewiesen wird, weil dort die unterstellten Sozialbeiträge einbezogen werden.

²² „Der ökonomische Kollaps (der DDR) deutete sich 1981 an und wurde 1983 offensichtlich ... Ohne die Wiedervereinigung wäre die DDR einer ökonomischen Katastrophe mit unabsehbaren Folgen entgegengegangen, weil sie auf Dauer allein nicht überlebensfähig war“ (Günter Mittag: „Es reißt mir das Herz kaputt“. In: Der Spiegel, Nr. 37/1991).

Tabelle 10

Geldvermögen und Verpflichtungen der privaten Haushalte¹⁾ in Westdeutschland
Bestand am Jahresende in Mrd. DM

Jahr	Spar- einlagen	Geldanlage bei		Geldanlage in			Termin- gelder und Sparbriefe	Bargeld und Sicht- einlagen	Sonstige Forde- rungen ³⁾	Bruttogeld- vermögen insgesamt	Verpflich- tungen	Nettogeld- vermögen
		Bauspar- kassen	Versiche- rungen	festver- zinst. Wert- papieren ²⁾	Aktien ²⁾	Geld- markt- papieren						
1980	493,0	107,7	246,2	170,3	62,7	2,8	157,0	127,8	108,3	1 475,8	143,2	1 332,6
1985	611,7	122,1	412,3	332,6	137,7	2,9	253,5	154,9	167,5	2 195,2	196,0	1 999,2
1986	657,8	120,4	454,2	329,2	160,2	2,7	267,4	168,2	179,8	2 339,9	206,0	2 133,9
1987	694,2	117,1	495,5	343,5	121,6	1,6	277,0	181,9	194,1	2 426,5	217,6	2 208,9
1988	714,6	118,1	542,2	396,1	156,0	1,3	276,3	205,2	207,8	2 617,6	230,6	2 387,0
1989	693,6	120,9	592,4	439,9	185,4	5,0	329,6	212,8	223,4	2 803,0	251,6	2 551,4
1990	679,9	125,1	639,8	497,8	148,5	10,8	384,5	229,2	238,2	2 953,8	275,3	2 678,5
1991	680,8	128,7	689,0	601,4	156,8	14,0	435,8	244,7	251,1	3 202,3	303,9	2 898,4

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck und Anstaltsbevölkerung. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Zu Tageskursen bewertet. — ³⁾ Ansprüche aus betrieblichen Pensionszusagen u.ä.
Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW.

1.7 Exkurs 1:

Geldvermögen der privaten Haushalte und durchschnittliche Vermögenseinkommen nach Haushaltsgruppen

1.7.1 Geldvermögen und Verpflichtungen

Am Ende des Jahres 1991 belief sich das Geldvermögen der privaten Haushalte in Westdeutschland — wenn man den Wertpapierbestand zu Tageskursen bewertet — auf 3,2 Bill. DM; gegenüber 1985 ist er nahezu um die Hälfte gestiegen (Tabelle 10). Zum ganz überwiegenden Teil halten die privaten Haushalte ihr Geldvermögen in verzinslichen Anlageformen. Dabei hat sich der Anteil der Spareinlagen — „traditionelle“ Geldanlage von Erst- und Kleinsparern, die vor allem an einer sicheren und zugleich einfachen Anlageform interessiert sind, sowie von Konsumspargern, die ohne längere Bindungsfrist für größere Anschaffungen oder Reisen „ansparen“ wollen — tendenziell verringert, während die Geldanlage in festverzinslichen Wertpapieren und Sparbriefen zunehmendes Interesse gefunden hat. Aktien indes waren weniger gefragt.

Nachhaltig engagierten sich die privaten Haushalte bei Versicherungsunternehmen. Für Selbständige sind Lebensversicherungen neben dem Betriebsvermögen nach wie vor eine wichtige Form der Alters- und Hinterbliebenenvorsorge. Doch haben auch zahlreiche Arbeitnehmer Lebensversicherungsverträge abgeschlossen, um sich und ihre Angehörigen über die Leistungen der Rentenversicherung und der betrieblichen Altersversorgung hinaus abzusichern. Inzwischen entspricht das Beitragsaufkommen in der Lebensversicherung fast einem Drittel der Beiträge, die zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten gezahlt werden; die Leistungen

der Lebensversicherung machen ein Fünftel der von der Sozialversicherung gezahlten Renten aus.

Dem Bruttogeldvermögen stehen die Verpflichtungen der privaten Haushalte aus Konsumentenkrediten gegenüber. Sie betragen Ende 1991 knapp 304 Mrd. DM; das Nettogeldvermögen belief sich mithin auf rund 2,9 Bill. DM. Damit hatten die Haushalte in ihrer Gesamtheit einen Betrag auf der „hohen Kante“, der ihr verfügbares Jahreseinkommen weit überschritt. In der Durchschnittsrechnung entfiel 1991 auf jeden westdeutschen Privathaushalt ein Nettogeldvermögen von rund 100 000 DM. Allerdings ist das Vermögen sehr „ungleich“ verteilt. Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 1988 besaß die Hälfte der privaten Haushalte im damaligen Bundesgebiet kein oder nur ein vergleichsweise niedriges (mitunter negatives) Nettogeldvermögen; auf diese Haushalte entfielen nur knapp 2 vH des gesamten Nettogeldvermögensbestandes. Demgegenüber verfügte 1 vH der Haushalte (mit weit überdurchschnittlichem Vermögensbesitz) über 14 vH des von der EVS erfaßten Gesamtgeldvermögens²³. Ein Vergleich der EVS-Ergebnisse von 1988 mit denen von 1983 zeigt, daß die Disparität in der Verteilung des Geldvermögens gestiegen ist.

1.7.2 Vermögenseinkommen und Konsumentenkreditzinsen

Aus ihren Geldanlagen erzielten die privaten Haushalte in Westdeutschland 1991 Zinsen, Dividenden und andere

²³ In den Ergebnissen der EVS sind die Haushalte mit besonders hohen Einkommen (1988: monatliches Haushaltsnettoeinkommen 25 000 DM oder mehr) nicht enthalten. Diese Haushalte besitzen vermutlich besonders hohe Vermögensbestände.

Tabelle 11

**Vermögenseinkommen und Konsumentenkreditzinsen der privaten Haushalte¹⁾ in Westdeutschland
in Mrd. DM**

Jahr	Zinsgutschriften auf				Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit	Sonstige Vermögenseinkommen ²⁾	Vermögenseinkommen insgesamt	Konsumentenkreditzinsen	Vermögenseinkommen nach Abzug der Konsumentenkreditzinsen
	Spareinlagen	Bauspareinlagen	Versicherungen	festverzinsl. Wertpapiere					
1980	24,2	2,9	14,0	13,7	6,0	12,2	73,0	13,2	59,8
1985	21,9	3,4	26,1	27,1	9,6	21,4	109,4	17,7	91,7
1986	20,7	3,4	28,6	27,7	11,1	19,3	110,9	17,9	92,9
1987	20,0	3,3	29,2	27,6	11,0	18,9	110,0	17,5	92,5
1988	20,1	3,3	31,0	28,7	14,2	19,7	116,9	18,2	98,7
1989	23,0	3,4	33,8	33,9	12,8	26,8	133,6	19,5	114,2
1990	25,9	3,5	36,7	38,8	15,9	34,1	154,9	22,3	132,6
1991	30,5	3,6	40,1	43,9	17,5	36,4	171,9	26,8	145,1

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck und Anstaltsbevölkerung. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — 2) Emissionsdisagio bei Geldmarktpapieren, Zinsen auf Termingelder und Sparbriefe, Nettopachten und Einkommen aus Lizenzen, Patenten u.ä.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Vermögenserträge in Höhe von 172 Mrd. DM (Tabelle 11); das war fast ein Zehntel ihrer gesamten primären Einkommen (vor Abzug der Konsumentenkreditzinsen). Seit der Mitte der achtziger Jahre expandierten die Vermögenseinkommen kräftiger als der Geldvermögensbestand, weil zwischenzeitlich das Zinsniveau gestiegen ist — die Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere betrug Ende 1985 6,6 %, Ende 1991 dagegen 8,7 % — und die Sparer durch Umschichtung der Anlagen ihre Rendite verbessert haben. Die Zinsgutschriften auf Spareinlagen werden schon seit geraumer Zeit von den Zinserträgen übertroffen, die den privaten Haushalten aus festverzinslichen Wertpapieren zufließen.

Einen beträchtlichen Teil der Vermögenseinkommen machen Zinsen auf Versicherungen aus. Diese werden in der Regel während der Laufzeit der Versicherungsverträge kumuliert und erst bei Fälligkeit der Verträge zusammen mit den Versicherungssummen ausgezahlt. Hier werden sie ebenso wie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung periodengerecht verteilt.

Auf Konsumentenkredite wurden 1991 Zinsen in Höhe von 27 Mrd. DM gezahlt — lediglich 1 vH der primären Einkommen. Per Saldo erhielten die Haushalte also Vermögenseinkommen von 145 Mrd. DM. Diese Summe machte drei Viertel des Betrages aus, um den das verzinslich angelegte Geldvermögen zugenommen hat. Auch wenn nicht sämtliche Zinserträge wieder angelegt werden, wird die Geldvermögensbildung doch zu einem beträchtlichen Teil aus den Vermögenseinkommen „gespeist“: Wo Geld ist, kommt Geld hinzu.

1.7.3 Durchschnittliche Vermögenseinkommen nach Haushaltsgruppen

Vermögenserträge fließen an Haushalte aller Haushaltsgruppen (Tabelle 12). Doch fallen die durchschnittlichen Zinseinkünfte der einzelnen Gruppen unterschiedlich hoch aus, weil die Vermögensbestände der Gruppen voneinander abweichen. Auch die unterschiedliche Zusammensetzung des Geldvermögens der einzelnen Gruppen beeinflusst die Höhe der jeweiligen Vermögenserträge. Die Haushalte von Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft haben aufgrund ihrer im Durchschnitt recht günstigen Einkommenssituation eine höhere Sparquote als andere Gruppen und sind in der Lage, Geldvermögensbestände zu kumulieren, die das durchschnittliche Vermögen der übrigen Gruppen deutlich übersteigen. Dabei sind diese Bestände vorwiegend in besonders zinsgünstiger Form angelegt. Neben dem Wertpapiervermögen fallen hier Lebensversicherungen ins Gewicht: Wie erwähnt, dient Selbständigen die Geldvermögensbildung zu einem großen Teil der Alters- und Hinterbliebenenvorsorge, und fast die Hälfte der Vermögenseinkommen, die den Selbständigen-Haushalten zugute kommen, sind Zinsgutschriften auf Versicherungen²⁴. Die (mit den Konsumentenkreditzinsen saldierten) durchschnittlichen Vermögenseinkommen der nichtlandwirtschaftlichen Selbständigen-Haushalte waren 1991 mehr als viermal so hoch wie die der übrigen Haushaltsgruppen und haben seit der Mitte der achtziger Jahre stärker als die der

²⁴ Vgl. Klaus Schüler: Vermögenseinkommen nach Haushaltsgruppen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1988.

Tabelle 12

**Bruttoeinkommen aus Vermögen abzüglich Konsumentenkreditzinsen je Privathaushalt
in Westdeutschland nach Haushaltsgruppen
in DM je Jahr**

Jahr	Haushalte von									Privat- haushalte insgesamt
	Selbständigen in der Landwirtschaft	außerhalb	Angestellten	Beamten	Arbeitern	Arbeitslosen	Rentnern	Pensionären	sonstigen Personen ¹⁾	
1980	3 156	7 829	2 150	1 985	1 078	126	2 295	2 836	3 443	2 308
1985	4 534	11 288	2 902	2 821	1 466	197	3 288	4 016	7 143	3 356
1986	4 563	11 562	2 925	2 768	1 440	179	3 265	3 919	7 155	3 375
1987	4 652	11 622	2 896	2 744	1 415	183	3 206	3 808	6 768	3 329
1988	4 940	12 481	3 085	2 881	1 433	184	3 343	4 011	7 083	3 511
1989	5 648	14 270	3 483	3 315	1 638	193	3 750	4 475	7 957	3 991
1990	6 330	16 178	3 910	3 746	1 792	163	4 177	5 089	9 547	4 543
1991	6 731	17 602	4 168	4 011	1 821	69	4 513	5 502	10 516	4 894

¹⁾ Nichterwerbstätigen-Haushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt der Bezugsperson aus Sozialhilfe, Stipendien u. ä., Übertragungen von Angehörigen, Vermögenseinkommen.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

übrigen Gruppen expandiert. Die Haushalte von Landwirten bleiben mit ihrem durchschnittlichen Geldvermögen und dessen Zinsertrag hinter den übrigen Selbständigen-Haushalten zurück, liegen indes deutlich vor den Arbeitnehmer-Haushalten.

Angestellten-Haushalte verfügen über ein Geldvermögen, das im Durchschnitt etwas geringer ist als das der Beamten-Haushalte. Dennoch erzielen die Angestellten-Haushalte höhere Zinserträge. Im Vermögensbestand dieser sozialen Gruppe sind die (vergleichsweise niedrig verzinsten) Bausparguthaben von geringerer, die (vergleichsweise hoch verzinsten) Geldanlage in Wertpapieren von größerer Bedeutung²⁵. Sodann spielen Lebensversicherungen für Angestellte — insbesondere für solche mit hohem Einkommen, die nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben ihren gewohnten Lebensstandard möglichst wenig einschränken wollen — eine nicht unwichtige Rolle.

Die Arbeiter-Haushalte bleiben mit ihrem Geldvermögen und ihren Vermögenseinkünften im Durchschnitt deutlich hinter den übrigen Arbeitnehmer-Haushalten zurück. Hier schlägt sich etwa nieder, daß Arbeiter-Haushalte sowohl ein niedrigeres Einkommensniveau als auch eine geringere Sparquote als die Haushalte von Angestellten und Beamten haben, schließlich einen vergleichsweise kleinen Teil ihrer Ersparnisse in höherverzinslichen Anlagen halten. Das durchschnittliche Wertpapiervermögen der Arbeiter-Haushalte war 1988 um über ein Drittel geringer als das der Angestellten-Haushalte²⁶.

An Haushalte von Rentnern und Beamtenpensionären fließen Zinsen in beträchtlicher Höhe. Angehörige dieser sozialen Gruppen haben in der Regel über längere Zeit hinweg Vermögensbestände in mitunter erheblichem Um-

fang angesammelt, sie oft auch nach dem Eintritt ins Rentenalter aufgestockt. Hinter den durchschnittlichen Vermögenseinkommen verbergen sich freilich erhebliche Streuungen. Nach den Ergebnissen der EVS von 1983²⁷ hatten 7 vH der in der Stichprobe einbezogenen Haushalte keine Einkünfte aus Geldvermögen, und zwar

- 6 vH der Selbständigen-Haushalte
- 4 vH der Arbeitnehmer-Haushalte
- 23 vH der Arbeitslosen-Haushalte und
- 11 vH der Rentner-, Pensionärs- und übrigen Nichterwerbstätigen-Haushalte.

Auf die Hälfte der Haushalte mit Zinseinkünften entfiel lediglich ein Zehntel des Einkommens aus Geldvermögen, das den privaten Haushalten insgesamt zufließt. Demgegenüber bezog ein knappes Drittel der Haushalte mit Zinseinkommen vier Fünftel dieser Einkommen.

Die EVS zeigt auch, daß die Verteilung der Vermögenseinkommen eine wesentlich größere Disparität aufweist als die Verteilung der gesamten Haushaltseinkommen. Die Einkommen aus Geldvermögen sind sogar noch etwas „ungleicher“ verteilt als die Geldvermögensbestände²⁸,

²⁵ Vgl. Manfred Euler: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1990.

²⁶ Vgl. Manfred Euler: Wertpapiervermögen privater Haushalte am Jahresende 1988. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 6/1991.

²⁷ Vgl. Manfred Euler: Verteilung und Schichtung der Einkommen aus Geldvermögen 1983. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1988. — Neuere amtliche Daten über die Schichtung der Vermögenseinkommen liegen nicht vor.

²⁸ Während sich für letztere aus den Ergebnissen der EVS von 1993 ein Gini-Koeffizient (Maß für die Disparität einer Verteilung) von 0,61 ergibt, beläuft sich der entsprechende Koeffizient für die Verteilung der Zinsen und Dividenden auf 0,66.

weil in der Regel der Anteil hochverzinslicher Anlageformen mit wachsendem Kapitalstock zunimmt. So verfügte 1983 die Hälfte der privaten Haushalte nur über etwa ein Viertel des gesamten Haushaltsnettoeinkommens, nur über ein Achtel des gesamten Geldvermögensbestandes und (einschließlich der Haushalte ohne Zinseinkünfte) lediglich über ein Zwölftel aller in der EVS erfaßten Geldvermögenserträge.

1.8 Exkurs 2: Realtransfers

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird ausgewiesen, daß die westdeutschen Privathaushalte in ihrer Gesamtheit erheblich mehr an Abgaben leisten, als ihnen in Form von Geldleistungen zufließt. Aber neben diesen monetären Transfers kommen den Haushalten in beträchtlichem Ausmaß „reale“ Transfers zugute, die der Staat ohne spezielles Entgelt oder zu weit unter den Kosten liegenden Tarifen zur Verfügung stellt, z.B. (Tabelle 13)

- im Unterrichtswesen (Leistungen von Kindergärten, Schulen, Hochschulen und ähnlichen Einrichtungen),
- im Gesundheitswesen (Arzt-, Zahnarzt- und Krankenhausleistungen, Medikamente und medizinische Hilfsmittel),
- im Bereich der sozialen Sicherung (Leistungen von Jugendhilfeeinrichtungen, Alters- und Pflegeheimen),
- für Erholung und Kultur (Leistungen von Theatern, Museen, Bibliotheken, Sporteinrichtungen).

Die Ausgaben des Staates für diese Aufgabenbereiche summierten sich 1991 auf 306 Mrd. DM; seit der Mitte der achtziger Jahre sind sie nur wenig schwächer als das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte gestiegen. Ganz überwiegend gehören diese Realtransfers zum Individualverbrauch der Haushalte²⁹; allerdings ist es schwierig, sie eindeutig sozialen Gruppen zuzuordnen.

Andere Leistungen des Staates sind nicht individuell zu rechnenbar, etwa

- Leistungen des Infrastrukturausbaus,
- Leistungen der allgemeinen staatlichen Verwaltung,
- Leistungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung,
- Leistungen der Landesverteidigung.

Auch von diesen Leistungen, die in der Statistik zum Kollektivverbrauch zählen, gehen letztendlich „Wohlfahrtseffekte“ auf die privaten Haushalte aus.

2. Die Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in Ostdeutschland vor und nach der Vereinigung

2.1 Einleitende Bemerkungen

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat es mit sich gebracht, daß Fragen der Einkommensverteilung in Ostdeutschland stärker als früher in den Blickpunkt des gesellschaftlichen Interesse gerückt sind. Anders als zur DDR-Zeit, in der der Zugang zu Einkommensdaten außerordentlich restriktiv gehandhabt wurde, besteht heute die Möglichkeit der ungehinderten Information. Sucht man allerdings in der amtlichen Statistik detaillierte Angaben über das materielle Lebensniveau der Bevölkerung in der DDR bzw. den neuen Bundesländern, so findet man lediglich Teilinformationen.

Was liegt näher, als die vom DIW entwickelten Methoden einzusetzen, um diese Teilinformationen zu einer geschlossenen Verteilungsrechnung zusammenzufügen? Als bald nach der „Wende“ hat das DIW zu diesem Zweck Kontakte zu ostdeutschen Wirtschaftsforschern geknüpft und in Kooperation mit diesen die Einkommensverhält-

²⁹ Vgl. Günter Kopsch: Staatsverbrauch nach dem Ausgaben- und dem Verbrauchskonzept. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 4/1984.

Tabelle 13

Ausgewählte Realtransfers¹⁾ in Westdeutschland in Mrd. DM

Jahr	Unterrichtswesen	Gesundheitswesen	Soziale Sicherung	Erholung und Kultur	Zusammen
1980	60,5	86,9	28,3	6,9	182,6
1985	72,4	110,0	37,2	8,5	228,1
1986	74,8	115,2	39,8	9,1	239,0
1987	76,4	119,9	41,7	9,7	247,7
1988	77,7	129,7	44,3	10,0	261,6
1989	80,1	126,0	47,5	10,5	264,0
1990	85,7	135,9	50,9	11,3	283,8
1991	92,1	147,1	54,7	12,2	306,1

¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

nisse in Ostdeutschland vor und nach der deutschen Vereinigung analysiert³⁰.

2.2 Die Einkommensverteilung in der DDR 1988

2.2.1 Bevölkerung und Privathaushalte

In der DDR lebten 1988 knapp 17 Mill. Menschen. Von Anfang der sechziger Jahre bis Ende der achtziger Jahre hat sich die Einwohnerzahl nur wenig verändert. Außenwanderungen hatten bei weitgehend geschlossenen Grenzen geringe Bedeutung; der rückläufigen Geburtenentwicklung wurde mit sozialpolitischen Mitteln entgegengewirkt.

Bei hoher Erwerbstätigkeit der Frau gab es in der DDR kaum Nichterwerbstätige im arbeitsfähigen Alter; von den Personen im Rentenalter übte ein Zehntel eine Erwerbstätigkeit aus. Neun Zehntel aller Erwerbstätigen waren Arbeiter oder Angestellte, knapp ein Zehntel Mitglieder von Produktionsgenossenschaften. Selbständige spielten kaum eine Rolle. Die Zahl der Privathaushalte belief sich 1988 auf knapp 7 Mill. Nicht ganz drei Viertel davon waren Haushalte von Erwerbstätigen, ein Viertel Rentner-Haushalte. In 100 Arbeitnehmer-Haushalten lebten durchschnittlich 274 Personen, in 100 Haushalten von Genossenschaftsmitgliedern und Selbständigen 319 Personen, in 100 Rentner-Haushalten 144 Personen.

2.2.2 Einkommenskomponenten der Haushaltsgruppen

Im Haushaltseinkommen fließen die Einkünfte aller Mitglieder einer gemeinsam wirtschaftenden Personengruppe zusammen: „Schwerpunkteinkommen“ und gegebenenfalls Nebeneinkünfte des Haushaltsvorstands sowie

das Einkommen anderer Haushaltsmitglieder, deren soziale Stellung nicht immer mit der des Haushaltsvorstands übereinstimmt. Zu den Haushaltseinkommen zählen auch „untypische“ Einkünfte, etwa Sozialtransfers bei Erwerbstätigen (Tabelle 14). Bei Arbeiter- und Angestellten-Haushalten waren dies Krankengeld, Mutterschafts- und Familienleistungen sowie Ausbildungsförderung.

Die Steuertarife in der DDR waren für Arbeiter, Angestellte und Mitglieder handwerklicher Produktionsgenossenschaften weitgehend identisch; allerdings galten unterschiedliche Bemessungsgrundlagen. Während die Arbeits-einkommen der Mitglieder landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften steuerfrei waren, unterlagen die Gewinne der Selbständigen Steuertarifen mit teilweise exorbitant starker Progression. Die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung waren nicht nach sozio-ökonomischen Gruppen differenziert; Selbständige indes zahlten vergleichsweise hohe Sozialabgaben, weil sie — anders als Arbeitnehmer — den Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung selbst tragen mußten. Allerdings durften die Selbständigen Beiträge zur Freiwilligen Zusatzrentenversicherung nur für Einkommensteile entrichten, die den doppelten Betrag der Beitragsbemessungsgrenze nicht überschritten; Arbeitnehmer und Genossenschaftsmitglieder konn-

³⁰ Vgl. Klaus-Dietrich Bedau, Jürgen Boje, Dietmar Dathe, Ruth Grunert, Volker Meinhardt, Jochen Schmidt, Heinz Vortmann: Untersuchungen zur Einkommensverteilung und -umverteilung in der DDR 1988 nach Haushaltsgruppen und Einkommensgrößenklassen auf der methodischen Grundlage der Verteilungsrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Beiträge zur Strukturforchung, Heft 143, 1993. — Klaus Dietrich Bedau, Jürgen Boje, Doris Gladisch, Ruth Grunert, Jochen Schmidt, Heinz Vortmann: Niveau und Struktur der verfügbaren Einkommen und des privaten Verbrauchs in den neuen Bundesländern. Beiträge zur Strukturforchung, Heft 126, 1992.

Tabelle 14

Einkommensverteilung und -umverteilung¹⁾ in der DDR 1988 nach Haushaltsgruppen in Mrd. M

	Erwerbs ²⁾ und Vermögens-einkommen	Empfangene laufende Übertragungen	Geleistete	Verfügbares Einkommen
Haushalte von Arbeitern	67,0	8,6	10,3	65,3
Angestellten Mitgliedern landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften	56,4	6,1	11,3	51,2
Mitgliedern handwerklicher Produktionsgenossenschaften	10,1	1,7	1,1	10,8
Selbständigen	2,3	0,3	0,5	2,0
Rentnern ³⁾	4,9	0,2	2,2	2,9
Rentnern ³⁾	3,9	15,0	0,5	18,4
Privathaushalte insgesamt	144,7	31,9	25,9	150,7

1) Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — 2) Ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. — 3) Ohne erwerbstätige Rentner.

Quellen: Statistisches Amt der DDR; Berechnungen des DIW.

ten Beiträge auch für Einkommensanteile abführen, die über der „doppelten Beitragsbemessungsgrenze“ lagen.

2.2.3 Durchschnittlich verfügbares Einkommen der Haushaltsgruppen

Das verfügbare Einkommen aller Privathaushalte betrug in der DDR 1988 im Mittel reichlich 1 800 M je Monat (Tabelle 15). An der Spitze der Einkommensskala standen die Selbständigen-Haushalte; sie hatten im Durchschnitt monatlich mehr als 2 700 M zur Verfügung. Mit beträchtlichem Abstand folgten die Haushalte von Genossenschaftsmitgliedern (2 300 M) und Arbeitnehmern (2 200 M). Die Rentner-Haushalte konnten im Durchschnitt monatlich nur wenig mehr als 800 M und damit fast zwei Drittel weniger als die Arbeitnehmer-Haushalte ausgeben³¹.

Auf jedes Haushaltsmitglied entfiel 1988 rechnerisch ein verfügbares Einkommen von knapp 800 M je Monat. Das Pro-Kopf-Einkommen der Selbständigen-Haushalte lag erheblich, das in Arbeitnehmer-Haushalten etwas über dem für alle Privathaushalte berechneten Durchschnitt. Für die Rentner-Haushalte ergab sich auch in der Pro-Kopf-Einkommensrechnung ein vergleichsweise geringer Betrag, doch war der Einkommensabstand zu den Arbeitnehmer-Haushalten hier erheblich geringer als bei den durchschnittlich verfügbaren Haushaltseinkommen. Beim Vergleich von Durchschnittseinkommen muß man neben der unterschiedlichen Haushaltsgröße aber auch die vergleichsweise hohen Kosten der Wirtschaftsführung von Kleinhaushalten in Rechnung stellen; der tatsächliche Abstand im Lebenshaltungsniveau liegt zwischen dem Einkommen je Haushalt und dem je Haushaltsmitglied, wie die entsprechenden Berechnungen für die westdeutschen Haushalte gezeigt haben.

Tabelle 15

Verfügbares Einkommen je Privathaushalt und je Haushaltsmitglied in der DDR 1988 nach Haushaltsgruppen in M je Monat

	Einkommen je	
	Haushalt	Haushaltsmitglied
Haushalte von Arbeitern	2 155	769
Angestellten	2 313	872
Mitgliedern landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften	2 372	705
Mitgliedern handwerklicher Produktionsgenossenschaften	2 065	763
Selbständigen	2 728	945
Rentnern ¹⁾	817	565
Privathaushalte insgesamt	1 847	764

¹⁾ Ohne erwerbstätige Rentner.
Quellen: Statistisches Amt der DDR; Berechnungen des DIW.

2.3 Die Einkommensverteilung in den neuen Bundesländern 1991

2.3.1 Bevölkerung und Privathaushalte

Seit 1988 hat sich die Einwohnerzahl der heutigen neuen Bundesländer um fast 1 Mill. verringert. 1989 eröffneten sich Übersiedlungswilligen der damaligen DDR neue Konstellationen zuerst durch die Ausreisemöglichkeiten über Ungarn und die Tschechoslowakei, dann durch die Öffnung der DDR-Grenzen zum Bundesgebiet. Gleichzeitig ging die Zahl der Geburten drastisch zurück. 1991 lebten in den neuen Bundesländern weniger als 16 Mill. Menschen. Im Zuge der gewaltigen ökonomischen Umwälzungen nahm die Zahl der Erwerbstätigen deutlich ab; insbesondere Frauen wurden vom Arbeitsmarkt „verdrängt“. Die Zahl der Arbeitslosen, die sich kräftig erhöhte, wäre noch stärker gestiegen, wenn Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen dem nicht entgegengewirkt hätten.

Die Zahl der Privathaushalte in den neuen Bundesländern betrug 1991 reichlich 6 Mill. Nicht ganz zwei Drittel davon waren Erwerbstätigen-Haushalte, drei Zehntel Rentner-Haushalte; die Haushalte von Arbeitslosen machten fast ein Zehntel aller Privathaushalte aus.

2.3.2 Durchschnittlich verfügbares Einkommen der Haushaltsgruppen

1991 betrug das durchschnittlich verfügbare Einkommen der ostdeutschen Privathaushalte reichlich 2 400 DM monatlich³² (Tabelle 16). Mit einem Durchschnittseinkommen von nahezu 3 700 DM waren die Selbständigen-Haushalte nach wie vor günstig gestellt; daß sich ihr Einkommensvorsprung vor den Haushalten der Landwirte und Arbeitnehmer, deren Durchschnittseinkommen jeweils 2 900 DM betrug, nach der „Wende“ vergrößert hat, überrascht nicht. Die Haushalte der Arbeitslosen und Rentner waren bei einem durchschnittlichen verfügbaren Monatseinkommen von 1 900 M bzw. 1 400 M im unteren Bereich der Einkommensskala angesiedelt. Doch hat sich die materielle Lage der Rentner-Haushalte in den neuen Bundesländern seit der Vereinigung Deutschlands erheblich verbessert. Angesichts der Tatsache, daß es für die meisten Rentner in der DDR lediglich eine „Mindestniveausicherung“ gegeben hat, war dies freilich auch dringend geboten.

³¹ Vgl. Die Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in der ehemaligen DDR. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau und Heinz Vortmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 47/1990.

³² Dieser Durchschnittsbetrag ist — gemessen an neueren Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Heinrich Lützel und Mitarbeiter in Berlin und Wiesbaden: Inlandsproduktberechnung für die neuen Länder und Berlin-Ost. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 10/1992) — vermutlich etwas zu niedrig. Amtliche Daten über die Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in Ostdeutschland gibt es noch nicht.

Tabelle 16

**Verfügbares Einkommen je Privathaushalt
und je Haushaltsmitglied in Ostdeutschland 1991
nach Haushaltsgruppen
in DM je Monat**

	Einkommen je	
	Haushat	Haushalts- mitglied
Haushalte von Arbeitern	2 732	910
Angestellten	3 142	1 111
Landwirten	2 939	896
Selbständigen	3 670	1 189
Arbeitslosen	1 886	892
Rentnern	1 447	941
Privathaushalte insgesamt	2 435	979

Quellen: Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung; Berechnungen des DIW.

3. Einkommensvergleich Ost- und Westdeutschland

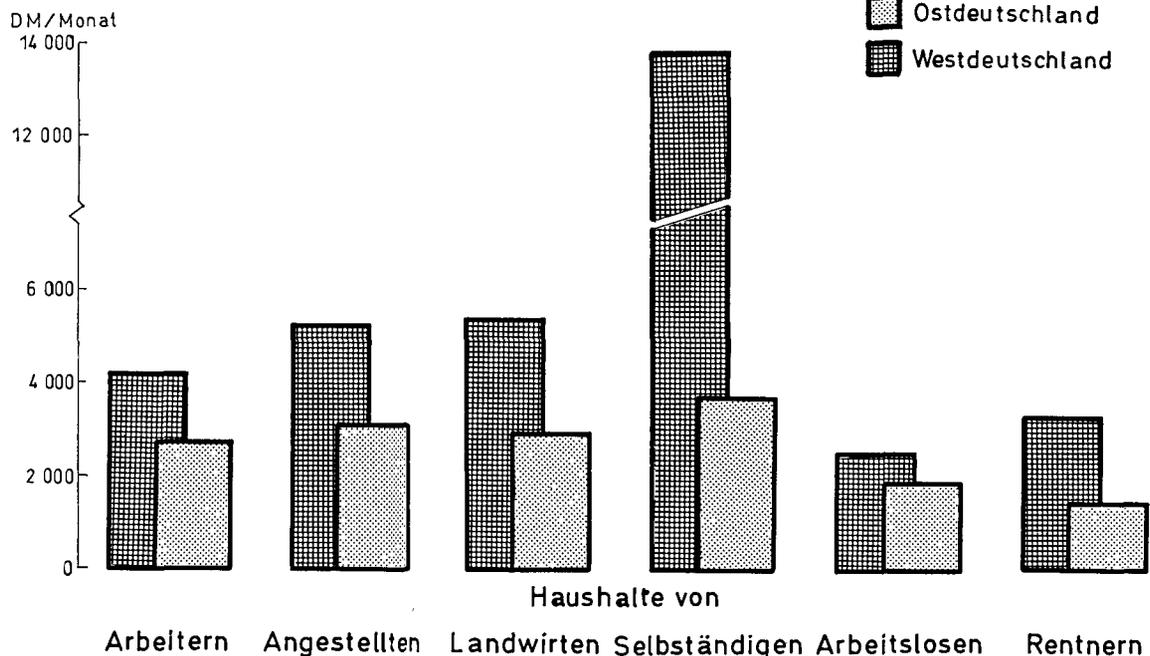
Das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen in Ostdeutschland machte 1991 — über alle Haushaltsgruppen gerechnet — etwas mehr als die Hälfte des Betra-

ges aus, über den im Durchschnitt die westdeutschen Haushalte verfügen konnten (Tabelle 17). Die Arbeiter-Haushalte im neuen Bundesgebiet erreichten durchschnittlich zwei Drittel, die Angestellten-Haushalte drei Fünftel des Einkommens vergleichbarer Haushalte in Westdeutschland³³ (Schaubild 3). Die Rentner-Haushalte in den neuen Bundesländern bezogen im Durchschnitt noch weniger als die Hälfte des Einkommens westdeutscher Rentner-Haushalte; für die Arbeitslosen-Haushalte war die Einkommensrelation günstiger. Die Einkommensniveaus der Selbständigen-Haushalte in Ost- und Westdeutschland klapften weit auseinander — Berufsgruppen, die in den alten Bundesländern überdurchschnittlich hohe Einkünfte erzielen (z.B. freiberuflich tätige Ärzte, Zahnärzte, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte und Steuerbera-

³³ Diese Einkommensrelationen stimmen mit den Vergleichszahlen überein, die aus Ergebnissen des Sozio-ökonomischen Panels für die neuen (SOEP-Ost) und alten Bundesländer (SOEP-West) berechnet wurden. (Vgl. Entwicklung der Haushaltseinkommen in Ostdeutschland 1989/90. Bearb.: Johannes Schwarze und Birgit Parakenings. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 17/1991). Die im Sozio-ökonomischen Panel ermittelten Durchschnittseinkommen liegen indes nicht unbeträchtlich unter den aus gesamtwirtschaftlichen Statistiken abgeleiteten Beträgen.

Schaubild 3

**Verfügbares Einkommen je Privathaushalt
in Ost- und Westdeutschland 1991
nach Haushaltsgruppen**



DIW 93

Tabelle 17

Niveau des verfügbaren Einkommens je Privathaushalt und je Haushaltsmitglied in Ostdeutschland 1991 nach Haushaltsgruppen
Westdeutscher Durchschnittsbetrag = 100

	Einkommen je	
	Haushalt	Haushaltsmitglied
Haushalte von		
Arbeitern	65	59
Angestellten ¹⁾	60	52
Landwirten	55	64
Selbständigen	27	24
Arbeitslosen	75	80
Rentnern ²⁾	44	48
Privathaushalte insgesamt	52	47

1) Westdeutschland: einschließlich Beamte. — 2) Westdeutschland: einschließlich Pensionäre und sonstige Personen.
Quellen: Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung; Berechnungen des DIW.

ter)³⁴, nehmen in den neuen Bundesländern (noch) keine ähnlich herausgehobene Einkommensposition ein.

Effektiv war der Einkommensabstand zwischen den ost- und westdeutschen Haushaltsgruppen aber geringer, als es die Durchschnittseinkommen anzeigen. In Ostdeutschland hat die D-Mark eine höhere Kaufkraft als in Westdeutschland, weil einige Güter des privaten Verbrauchs — im wesentlichen Mieten, Energiepreise (Strom, Gas, Fernwärme) sowie Güter der Ausgabenbereiche Gesundheit (Medikamente, ärztliche Leistungen) und Bildung, Unterhaltung, Freizeit (Gebühren für Lehrgänge, Kindergärten und -krippen) — noch subventioniert werden. Die um die Kaufkraftunterschiede bereinigten Einkommen der ostdeutschen Arbeitnehmer-Haushalte lagen zu Beginn des Jahres 1991 um 20 vH, die der Rentner-Haushalte um 36 vH unter den entsprechenden westdeutschen Beträgen. Durch die Erhöhung der Mieten, der Energiepreise und der Verkehrstarife im Laufe des Jahres 1991 hat sich die effektive Einkommenslage der ostdeutschen Rentner-Haushalte nur wenig verschlechtert, weil sich die Preissteigerungen und Rentnererhöhungen hier nahezu ausglich. Die Arbeitnehmer-Haushalte in den neuen Bundesländern jedoch mußten etwas stärkere Einbußen ihres Lebensstandards hinnehmen. Am Ende des Jahres 1991 lagen die um Kaufkraftunterschiede bereinigten durchschnittlich verfügbaren Haushaltseinkommen der Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern um 27 vH, die der Rentner um 40 vH unter den westdeutschen Vergleichsbeträgen³⁵ Gleichwohl war dies — ein Jahr nach der Vereinigung Deutschlands — ein bemerkenswertes Ergebnis: In den achtziger Jahren sind die effektiven Einkommensabstände zwischen den ost- und westdeutschen Haushaltsgruppen erheblich größer gewesen³⁶.

4. Ostdeutscher Einkommensrückstand schrumpft

In absehbarer Zeit dürfte das ostdeutsche Einkommensniveau zum westdeutschen „aufschließen“³⁷. Seit Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in den neuen Bundesländern stärker als das der Haushalte im alten Bundesgebiet gestiegen. 1992 fiel das Gesamteinkommen der privaten Haushalte in Ostdeutschland um 23 vH, das der westdeutschen Haushalte um 4 vH höher aus als 1991 (Tabelle 18); bei Preissteigerungsraten von 10 vH (Ostdeutschland) bzw. 4 vH (Westdeutschland) nahm das Realeinkommen nur in den neuen Bundesländern zu. Es ist wohl damit zu rechnen, daß die Einkommensentwicklung in den neuen Bundesländern weiterhin günstiger verlaufen wird als in Westdeutschland, doch die

³⁴ Vgl. Das Einkommen in den freien Berufen. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 37/1991. Einkommenslage und -entwicklung der freiberuflich tätigen Zahnärzte in Westdeutschland. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 45/1992.

³⁵ Vgl. Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte in den neuen und alten Bundesländern. Bearb.: Mitarbeiter des DIW und des IAW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 29/1991.

³⁶ Vgl. Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark der DDR 1985. Bearb.: Manfred Melzer und Heinz Vortmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 21/1986.

³⁷ Vgl. Ostdeutscher Einkommensrückstand schrumpft. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 48/1991.

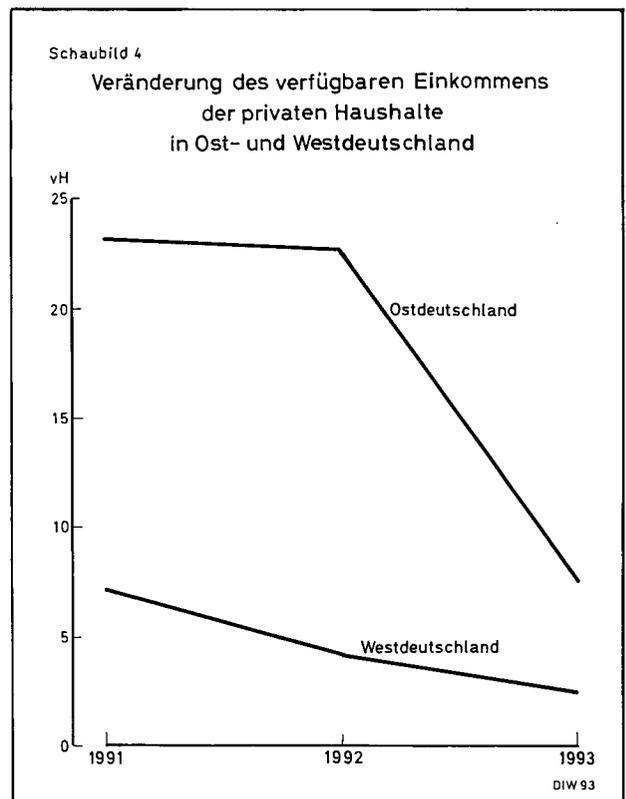


Tabelle 18

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte¹⁾
in Ost- und Westdeutschland 1992

	Ost- deutschland	West-	Zusammen
in Mrd. DM			
Nettolohn- und -gehaltsumme	128,9	814,4	943,2
+ Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ²⁾	19,5	509,5	529,0
+ Empfangene laufende Übertragungen ³⁾	100,5	431,2	523,2
– Geleistete laufende Übertragungen ³⁾	3,5	45,6	40,6
= Verfügbares Einkommen	245,4	1 709,4	1 954,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH			
Nettolohn- und -gehaltsumme	+ 16,3	+ 4,6	+ 6,0
+ Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ²⁾	– 2,9	+ 2,2	+ 2,0
+ Empfangene laufende Übertragungen ³⁾	+ 39,9	+ 5,0	+ 10,3
– Geleistete laufende Übertragungen ³⁾	+ 24,3	– 5,4	– 5,3
= Verfügbares Einkommen	+ 22,8	+ 4,2	+ 6,2
¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Nach Abzug der Konsumentenkreditzinsen. — ³⁾ Angaben für Gesamtdeutschland um innerdeutsche Transaktionen bereinigt. <i>Quellen:</i> Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.			

ostdeutsche Einkommensdynamik hat sich abgeschwächt (Schaubild 4). Modellrechnungen³⁸ liefern Anhaltspunkte dafür, daß es weit mehr als ein Jahrzehnt dauern dürfte, bis sich wirtschaftliche Leistungskraft und Einkommensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland angeglichen haben.

³⁸ Vgl. Wolfgang Scholz: Lohnpolitik im Übergang. In: Arbeit und Sozialpolitik, Heft 11-12/1991. — Eine Modellrechnung zur wirtschaftlichen Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland. Bearb.: Wolfgang Scheremet. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 7/1992.

Literaturverzeichnis und statistische Quellen

- Bedau, Klaus-Dietrich*, 1990, Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland (ohne neue Bundesländer) seit 1970 nach Einkommensarten und nach Haushaltsgruppen. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 4-1990.
- Bedau, Klaus-Dietrich*, 1990 a, Das Einkommen sozialer Haushaltsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland 1988. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 22/1990.
- Bedau, Klaus-Dietrich*, 1991, Das Einkommen in den freien Berufen. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 37/1991.
- Bedau, Klaus-Dietrich*, 1991 a, Ostdeutscher Einkommensrückstand schrumpft. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 48/1991.
- Bedau, Klaus-Dietrich*, 1992, Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 1991. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 30/1992.
- Bedau, Klaus-Dietrich*, 1992 a, Einkommenslage und -entwicklung der freiberuflich tätigen Zahnärzte in Westdeutschland. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 45/1992.
- Bedau, Klaus-Dietrich, Jürgen Boje, Dietmar Dathe, Ruth Grunert, Volker Meinhardt, Jochen Schmidt, Heinz Vortmann*, 1992, Untersuchungen zur Einkommensverteilung und -umverteilung in der DDR 1988 nach Haushaltsgruppen und Einkommensgrößenklassen auf der methodischen Grundlage der Verteilungsrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Forschungsprojekt des DIW und des IWH mit finanzieller Förderung durch die Fritz-Thyssen-Stiftung, veröffentlicht als Heft 143 der Beiträge zur Strukturforchung, Berlin.
- Bedau, Klaus-Dietrich, Jürgen Boje, Doris Gladisch, Ruth Grunert, Jochen Schmidt, Heinz Vortmann*, 1992 a, Niveau und Struktur der verfügbaren Einkommen und des privaten Verbrauchs in den neuen Bundesländern. Gutachten des DIW und des IAW im Auftrage des Bundesministers für Wirtschaft, veröffentlicht als Heft 126 der Beiträge zur Strukturforchung, Berlin.
- Bedau, Klaus-Dietrich, Bernd Freitag, Gerhard Göseke, Volker Meinhardt*, 1982, Methodische Aspekte und empirische Ergebnisse einer makro-ökonomisch orientierten Verteilungsrechnung. Gutachten des DIW im Auftrage der Transfer-Enquête-Kommission, veröffentlicht als Band 1 der Schriften zum Bericht der Transfer-Enquete-Kommission „Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland“. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.
- Bedau, Klaus-Dietrich, Helmut Klatt*, 1991, Bekanntes (oder Unbekanntes?) über die „gesamtwirtschaftliche Lohnquote“. Diskussionspapier des DIW, Nr. 21.
- Bedau, Klaus-Dietrich, Helmut Klatt*, 1992, Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommensquote und ihrer Einflußgrößen. Diskussionspapier des DIW, Nr. 47.
- Bedau, Klaus-Dietrich, Dieter Teichmann, Rolf Zwiener*, 1987, Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.7.1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haushalte unterschiedlicher Einkommensstruktur. Beiträge zur Strukturforchung, Heft 99, Berlin.
- Bedau, Klaus-Dietrich, Heinz Vortmann*, 1990, Die Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in der ehemaligen DDR. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 47/1990.
- Deutsche Bundesbank*, 1990, Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1989. Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4.
- Deutsche Bundesbank*, 1990 a, Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1980 bis 1. Halbjahr 1990. Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4, Ergänzungslieferung.
- Deutsche Bundesbank*, 1991, Die Entwicklung der Einkommen und ihre Verteilung in Westdeutschland seit 1982. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank Nr. 8/1991.
- Deutsche Bundesbank*, 1992, Öffentliche Finanztransfers für Ostdeutschland in den Jahren 1991 und 1992. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 3/1992.
- Deutsche Bundesbank*, 1992 a, Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1991. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 5/1992.
- Essig, Hartmut, Wolfgang Strohm und Mitarbeiter*, 1992, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für das frühere Bundesgebiet 1. Halbjahr 1992. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1992.
- Euler, Manfred*, 1985, Erfassung und Darstellung der Einkommen privater Haushalte in der amtlichen Statistik. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 1/1985.
- Euler, Manfred*, 1988, Verteilung und Schichtung der Einkommen aus Geldvermögen 1983. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1988.
- Euler, Manfred*, 1990, Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1990.
- Euler, Manfred*, 1991, Wertpapiervermögen privater Haushalte am Jahresende 1988. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 6/1991.
- Frick, Joachim, Klaus-Dietrich Bedau, Dieter Teichmann, Heinz Vortmann, Peter Krause, Rainer Pischner, Jürgen Schupp, Gert Wagner*, 1991, Erstellung einer Schichtung der Steuerpflichtigen in der DDR nach ihren Einkünften und sozio-demographischen Charakteristika auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels. Gutachten des DIW im Auftrage des Bundesministers der Finanzen (als Manuskript vervielfältigt).
- Fritzsche, Bernd*, 1992, Wer finanziert die deutsche Einheit? — Zur Diskussion um die „Gerechtigkeitslücke“. In: RWI-Konjunkturbrief, Nr. 3/1992.
- Kopsch, Günter*, 1984, Staatsverbrauch nach dem Ausgaben- und dem Verbrauchskonzept. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1984.
- Lützel, Heinrich*, 1987, Realeinkommen in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1987.
- Lützel, Heinrich und Mitarbeiter*, 1991, Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1970 bis 1990. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1991.
- Lützel, Heinrich und Mitarbeiter in Berlin und Wiesbaden*, 1992, Inlandsproduktberechnung für die neuen Länder und Berlin-Ost. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 10/1992.
- Melzer, Manfred, Heinz Vortmann*, 1986, Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark der DDR 1985. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 21/1986.
- Mitarbeiter des DIW und des IAW*, 1991, Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte in den neuen und alten Bundesländern. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 29/1991.
- Mittag, Günter*, 1991, „Es reißt mir das Herz kaputt“. In: Der Spiegel, Nr. 37/1991.
- Rendtel, Ulrich, Gert Wagner*, 1991, Arbeitseinkommen und Einkommensarmut in Westdeutschland von 1984 bis 1989. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 32/1991.

- Richter, Hans-Wilhelm, Norbert Hartmann*, 197, Nachweis der Verteilung und Verwendung der Einkommensnach Haushaltsgruppen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1962 bis 1975. In: *Wirtschaft und Statistik*, Hft 6/1977.
- Schäfer, Claus*, 1991, Zunehmende Schiefe in der Einkommensverteilung — zur Entwicklung der Einkommensverteilung 1990. In: *WSI-Mitteilungen*, Heft 10/1991.
- Scheremet, Wolfgang*, 1992, Eine Modellrechnung zur wirtschaftlichen Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland. In: *Wochenbericht des DIW*, Nr. 7/1992.
- Scholz, Wolfgang*, 1991, Lohnpolitik im Übergang. In: *Arbeit und Sozialpolitik*, Heft 11-12/1991.
- Schüler, Klaus*, 1982, Einkommensverteilung und -verwendung nach Haushaltsgruppen. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 2/1982.
- Schüler, Klaus*, 1984, Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 7/1984.
- Schüler, Klaus*, 1987, Demographischer Bezugsrahmen zur Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppe. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 5/1987.
- Schüler, Klaus*, 1988, Vermögenseinkommen nach Haushaltsgruppen 1972 bis 1987. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 12/1988.
- Schüler, Klaus und Mitarbeiter*, 1990, Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972 bis 1988. In: *Wirtschaft und Statistik*, Hft 3/1990.
- Schüler, Klaus, Veronika Spies*, 1991, Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 10/1991.
- Schwarze, Johannes, Birgit Parakenings*, 1991, Entwicklung der Haushaltseinkommen in Ostdeutschland 1989/90. In: *Wochenbericht des DIW*, Nr. 17/1991.
- Spies, Veronika und Mitarbeiter*, 1992, Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 7/1992.
- Statistisches Bundesamt*, 1992, Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen 1991 Hauptbericht. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt*, 1992 a, Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen und Einkommensarten (als Tabellensatz vervielfältigt).
- Statistisches Bundesamt*, 1992 b, Verfügbares Einkommen, Zahl der Haushalte und Haushaltsmitglieder nach Haushaltsgruppen (als Tabellensatz vervielfältigt).
- Transfer-Enquête-Kommission*, 1981, Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.
- Zitzelsberger, Gerhard*, 1979, Eine bessere Bereinigung der Lohnquote? In: *WSI-Mitteilungen*, Heft 7/1979.